Nr. 275. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. freiins Haus vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 31. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Das Echo des deutschen Vorschlags.

Stimmen der französischen Presse.

Genf, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Ein Teil der Pariser Presse nimmt bereits zu den deutschen Gegenvorschlägen Stellung, wie nicht anders zu erwarten war, in ausweisendem Sinne. Der „Temps" erinnert an die vom Präsident Wilson verfaßte und von Clemenceau unterzeichnete Note vom 10. Mai, in der es heißt, daß die Alliierten **keine Diskussion** über die Grundbedingungen des Friedens zulassen würden. Daran, meint der „Temps", scheine sich die deutsche Delegation in ihren Gegenvorschlägen nicht mehr zu erinnern.

August Gauvain, der Außenpolitiker des „Journal des Débats" schreibt: Sie haben militärisch im November kapituliert, sie werden diplomatisch im Mai oder Juni kapitulieren. Wenn die Bedingungen vom 7. Mai nicht zur festgesetzten Zeit unterzeichnet würden, so würden die Alliierten sie noch verschärfen.

Das „Echo de Paris" führt aus: Die deutsche Beweisführung beruht auf dem Gedanken, die Alliierten und vor allem die Franzosen hätten als Gläubiger Deutschlands ein Interesse daran, daß es ihrem Schuldner gut gehe, er also zahlungsfähig sei. Die deutschen Gegenvorschläge beabsichtigen zu einem Kompromiß zu gelangen.

Der „Petit Parisien" meint, die deutschen Gegenvorschläge geben weder in territorialer, noch in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung, noch in Hinsicht auf militärische Garantien den Alliierten Genugtuung. Der allgemeine Eindruck gestern war, sie würden mit Ausnahme weniger Abänderungen in Einzelheiten **einfach zurückgewiesen** werden. Der „Petit Parisien" bemerkt, es sei hervorzuheben, daß das Resümee keine Anspielung an eine Weigerung zu unterzeichnen enthalte.

Das „Petit Journal" befürchtet das **Manöver einer Volksabstimmung.** Graf Brockdorff-Rantzau werde seine provisorische Unterschrift geben, die durch ein Plebiszit ratifiziert werden sollte, während inzwischen der Friedensvertrag suspendiert bleiben dürfte. Dieses Ergebnis dilatorischer Taktik des Grafen Brockdorff-Rantzau würde einen diplomatischen Erfolg darstellen und zur Folge haben, daß die jetzige Regierung sich länger am Ruder halte, die Stunde des Zahlens verzögert, die Lösung der territorialen Fragen aufgeschoben werde und Deutschland Zeit behalte, seine Propaganda in den neutralen Ländern fortzusetzen und sogar seine Militärmacht teilweise wiederherzustellen.

*

Versailles, 30. Mai. Die sozialistischen Blätter bringen außer der Humanité noch keine Kommentare, dagegen ist der Artikel Sembats in der Humanité außerordentlich beachtenswert. Er schreibt, man müsse hoffen, daß der Viererrat diesmal sich nicht von Schreiern und Hetzern beraten lassen werde, wie dies schon mehrere Male der Fall gewesen sei, und fährt fort: **Der schlimmste Wahnsinn wäre es, eine Diskussion zu verweigern und brutal zu verlangen, daß Deutschland nachgebe und sich schweigend unterwerfe.**

Der krasseste Widerspruch ist Danzig. Macht aus Danzig einen Freihafen und gebt Polen in diesem Hafen eigene Kais und Docks und eine eigene Eisenbahnlinie, aber ihr habt nicht das Recht, die **Freiheit der Einwohner Danzigs**, welchen Wilsons Grundsätze freie Selbstverfügung verbürgten, zu verletzen. Dagegen hat Deutschland unrecht, wenn es die Verantwortlichkeit für unter dem kaiserlichen Regime verübte Verbrechen ablehnt. Es genügt nicht, daß das angreifende Volk seine Regierung verjagt, um sich zu entlasten.

Sehr scharf äußert sich „Matin", welcher die Denkschrift als Versuch Deutschlands betrachtet, sowohl moralisch wie materiell den Folgen des von ihm gewollten Krieges zu entgehen. Das Blatt schreibt: So wie der Vertrag mit seinem komplizierten Mechanismus internationaler Kommissionen besteht, sind die Sicherheiten, die er bietet, nur allzu schwach. Ihn in dem von Deutschland verlangten Sinne zu modifizieren, wäre die schlimmste der Kapitulationen.

„Petit Journal" erblickt in den Gegenvorschlägen nur einen neuen Versuch, die Alliierten zu entzweien.

„Journal" meint, daß die deutschen Vorschläge vor allem bezweckten, Deutschland aus dem Zustand internationaler Unterlegenheit zu bringen, in welchen es durch den Vertragsentwurf der Alliierten käme.

Auf die Frage, ob die Alliierten sich auf Verhandlungen einlassen werden und Abänderungen vornehmen wollen, vermeidet die Presse nach Möglichkeit einzugehen.

Lloyd George über die Unterzeichnung.

London, 30. Mai. Reuter. **Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begibt, muß er jedoch eine Armee hinter sich haben.**

An die Deutschen im Osten!

Berlin, 30. Mai. Amtlich. **Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen; daß Ostpreußen nicht verkümmern darf durch die Einschiebung eines polnischen Korridors zwischen deutsche Gebietsteile.**

Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für Einmarsch und gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen.

Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein!

Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist! Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft!

30. Mai 1919.

Die Reichsregierung.
Scheidemann, Dr. Dernburg, Graf Brockdorff-Rantzau, Preuß, Bauer, Wissell, Schmidt, Landsberg, Noske, Dr. Bell, Giesberts, Gothein, Dr. David, Erzberger.

Die deutschen Gegenvorschläge im englischen Licht.

Eingeständnis der deutschen Leistungsfähigkeit.

Haag, 30. Mai. (H. N.) **„Hollandsch Nieuwsbureau" meldet aus London: Das radikale englische Blatt „Star" widmet den deutschen Gegenvorschlägen einen Leitartikel. Darin bemerkt das Blatt, daß Deutschland sich bereit erklärt habe, bis zum Jahre 1926 eine Milliarde Pfund Sterling zu bezahlen und dann in weiteren Jahresfristen die übrigen vier Milliarden zu begleichen. Das Blatt meint dazu: Wir können überzeugt sein, daß Deutschland diesen Betrag nicht angeboten hätte, wenn es über seine Zahlungsfähigkeit im Zweifel gewesen wäre. Es ist ein sehr interessantes Anerbieten, denn es beweist, daß die Alliierten das Vermögen Deutschlands nicht überschätzt haben.**

Eine Erklärung Graf Bernstorffs.

Gegen die Pariser Gerüchte.

Berlin, 30. Mai. Französischen Presseäußerungen zufolge scheint in Paris die Ansicht zu bestehen, daß es leichter sein würde, den Botschafter Grafen Bernstorff zur Unterzeichnung des feindlichen Friedensvertragsentwurfes zu bewegen, als den derzeitigen Führer der deutschen Friedensdelegation in Versailles.

Von einem Vertreter des WTB um seine Meinung über diese [illegible] erklärt: Graf Bernstorff:

„Die Auffassung, daß ich etwa eher geneigt sein könnte, die feindlichen Friedensvorschläge zu unterzeichnen als Graf Brockdorff-Rantzau hat mich in hohem Grade überrascht. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich kein Deutscher finden wird, der seinen Namen unter ein Dokument setzen würde, das einem Todesurteile gegen sein Vaterland gleichkommt. Wenn unsere Gegner aufrichtig den Abschluß des Friedens wünschen, so gibt es nur einen Weg: sie müssen die unannehmbaren und unausführbaren Bestimmungen des uns vorgelegten Vertragsentwurfes abändern."

Clemenceau gegen Einmischung in Rußland.

Paris, 30. Mai. **Clemenceau erklärte gegenüber einem Vertreter der Confédération du travaile am Mittwoch in betreff einer Intervention in Rußland, er sei der Ansicht, daß keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands erfolgen dürfe. Die französische Regierung ordnete die Räumung der russischen Gebiete, insbesondere die Räumung Odessas an. Diese Maßnahmen werden durch die Erwartung bestimmt, daß die mit Frankreich befreundeten Grenzvölker Rußlands sich vor einem Angriff der russischen Legionen sicherten und daß die gegenwärtig an den Grenzen von Polen und Rumänien stehenden französischen Orienttruppen in die Heimat zurückbefördert werden können.**

Demokratie und Militarismus.

Die Novemberrevolution hat wohl dem arbeitenden Volk Deutschlands den Weg zum Sozialismus öffnen können, sie hat aber, was jedem wissenschaftlich geschulten Sozialisten von vornherein klar war, nicht vermocht, den ganzen Sozialismus sofort zu verwirklichen. Militärische Niederlagen können höchstens in den Augen religiöser Schwärmer, nicht in denen ruhig denkender Beobachter als die Eingangspforten des Paradieses erscheinen, und plötzliche Umwälzungen können zwar die verfassungsmäßigen Einrichtungen eines Staates radikal verändern, nicht aber das unendlich verwickelte, gegen mechanische Eingriffe überaus widerspenstige Wirtschaftsleben mit einem Schlage zu einem grundsätzlich ganz Neuen umgestalten. Die Lage Europas nach dem Krieg bot den besten Nährboden für die Verbreitung sozialistischer Ideen aber auch zugleich die größten Schwierigkeiten für sozialistische Verwirklichungen. Das ist die tragische Krise unserer Zeit, der Quell aller inneren Enttäuschungen, die tiefste Ursache für die Verwirrung, die in der Arbeiterbewegung eingerissen ist.

Was die Novemberrevolution brachte und bringen mußte, das war die Demokratie. Nichts vermag uns in unserer alten sozialdemokratischen Ueberzeugung zu erschüttern, daß die politische Gleichberechtigung aller, der gleichmäßige Rechtsanteil aller erwachsenen Volksgenossen an der Bildung des Volkswillens der feste Grund für die sozialistische Neugestaltung sein muß. Eine solche Neugestaltung, die nicht auf den Willen einer Volksmehrheit begründet ist und nicht in voller Ordnung unter Wahrung aller demokratischen Volksrechte zustande gekommen ist, bleibt auf Flugsand gebaut. Ganz abgesehen davon, daß die sittliche Auffassung von der Gleichberechtigung aller Volksgenossen die beste Waffe im proletarischen Befreiungskampf ist, die nur ein Tor mutwillig wegwerfen wird. Alle Angriffe aus Arbeiterkreisen, die sich gegen die Demokratie wenden, etwa in dem Sinne: „Davon redeten wir bloß, als wir noch unten waren, aber jetzt, wo wir obenauf sind, wollen wir diktieren" — alles Gerede von der Unreife des Volkes zum gleichen Wahlrecht und vom Recht der „politisch aktivsten Elemente" bedeutet eine schwere Gefahr für die Arbeiterklasse und für die Errungenschaften der Revolution.

Die Demokratie ist also ein Gut, das wir Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiterbewegung nach allen Seiten hin, gegen links wie gegen rechts, mit dem ganzen Aufgebot unserer Kraft verteidigen müssen, und darum dürfen wir uns auch nicht blind stellen gegen Bedrohungen, denen die neue Staatsordnung von rechts her ausgesetzt ist. Ein beliebtes Schlagwort lautet, in Deutschland sei im Grunde alles beim Alten geblieben, die Demokratie sei nur äußerer Schein, und der Militarismus herrsche nach wie vor. In diesem Schlagwort steckt eine ungeheure Uebertreibung; da wir aber in diesem Punkte gar nicht vorsichtig und mißtrauisch genug sein können, enthebt uns diese Erkenntnis nicht der Pflicht, die agitatorische Behauptung der äußersten Linken auch auf den letzten Rest ihrer Berechtigung zu untersuchen.

Es ist nicht wahr, daß der militaristische Geist, der selbstherrliche Geist des Offizierskorps, die deutsche Politik heute noch bestimmt, es ist aber wahr, daß er sie stellenweise immer noch in der unheilvollsten Weise beeinflußt. Wir brauchen nur daran zu denken, welche verhängnisvolle Rolle in unserer inneren Politik die Ausschreitungen spielen, die in dem — an sich notwendigen und berechtigten — Kampf gegen die gewaltsamen Angriffe der Spartakisten auf die demokratische Staatsordnung begangen worden sind.

Die Tötung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war ein Akt des politischen Fanatismus und hätte als solcher für sich jene menschlichen Milderungsgründe beanspruchen dürfen, die gleichen Maßstaben auch von der anderen Seite zuzubilligen sind. Die Täter haben aber den Anspruch auf jeden Rest von menschlichem Verstehen verscherzt durch die feige Verlogenheit, mit der sie sich der Verantwortung zu entziehen versuchten, und durch die Frechheit, mit der sie dem Gesetz auf der Nase herumtanzten. Ein männliches Bekenntnis zu ihrer Tat hätte zwar den Abscheu vor dieser selbst nicht vermindert, den Tätern aber immer noch eine gewisse Achtung gesichert, die ihnen jetzt durch ihr weiteres Verhalten unwiederbringlich verloren gegangen ist. So mußte der Ausgang des Gerichtsverfahrens und seine Krönung durch die Flucht des einzigen zu einer verhältnismäßig geringen Strafe verurteilten Offiziers, des Oberleutnants Vogel, ein tiefes Gefühl der Nichtbefriedigung zurücklassen und die Ueberzeugung, daß hier Uebelstände vorhanden sind, die nur mit eisernem Besen ausgerottet werden können.

Aber auch von diesem besonders ungeheuerlichen Fall abgesehen, hat überscharfes, politisch verständnisloses Vorgehen militärischer Stellen nur zu oft unnötige Erregung gestiftet und in breiten Bevölkerungsschichten das Gefühl wachgerufen, als ob auch heute noch nicht demokratisches Recht, sondern nur der Säbel in Deutschland regierte. Wir haben leider Situationen erlebt, in denen militärisches Eingreifen notwendig war, und es besteht die Gefahr, daß sich neue Situationen dieser Art ergeben könnten. Da ist es denn von entscheidender Wichtigkeit, in der Masse der Bevölkerung die Ueberzeugung wachzurufen, daß nicht eingegriffen wird, wo dies nicht notwendig ist, daß überflüssige Härten vermieden werden, daß aber andererseits das wirklich Notwendige, und nur dieses, mit absoluter Sicherheit geschieht. Wird diese Ueberzeugung durch militärische Uebergriffe untergraben, so entsteht daraus eine schwere Gefahr für den Bestand der Demokratie.

Wie in der inneren Politik, so darf auch in der äußeren das Heer nichts anderes sein, als das Werkzeug einer dem Volkswillen entsprechenden und von der Volksvertretung getragenen Regierung. Jede Eigenmächtigkeit auf diesem Gebiet kann von verhängnisvollen Folgen begleitet sein. Darum verdienen die Klagen, die sich jetzt aus Lettland erheben, die gründlichste Untersuchung. Eine Militärpolitik, die sich mit der demokratischen Reichspolitik in Widerspruch setzt und aus Gründen der Klassengemeinschaft mit den baltischen Baronen Arm in Arm geht, darf nicht geduldet werden.

Die wichtigste Voraussetzung wahrer Demokratie ist die Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt. In der Monarchie entstammten beide Gewalten dem persönlichen Willen des Staatsoberhauptes, das in Fällen des Streits zwischen ihnen beiden entschied. Das sich daraus ergebende Uebergewicht der Militärgewalt war Deutschlands Unglück. In der Demokratie ist die Zivilgewalt unmittelbarer Ausfluß des Volkswillens, und sie hat darum den gleichen Respekt von allen Volksgenossen zu verlangen, jede Ueberhebung militärischer Führer über sie bedeutet eine Auflehnung gegen den Geist der neuen Ordnung. Es darf in Deutschland keine Soldaten geben, Mann oder Offizier, die etwas anderes wären als Soldaten der Republik. In nichts anderem kann der Soldat von heute seine Ehre sehen. Wer in der Einordnung in die demokratische Verfassung eine lästige Einschnürung seines Herrengeistes erblickt, die er bei jeder sich bietenden Gelegenheit abzustreifen bestrebt ist, der ist seines Standes unwürdig und tut gut, seine Uniform so rasch wie möglich auszuziehen.

Es ist kein Wunder, daß der Uebergang von der Monarchie zur demokratischen Republik mit Schmerzen und Schwierigkeiten verbunden ist, man braucht sich nur dessen zu erinnern, was Frankreich auf diesem Gebiet erlebt hat. Aber kein Zweifel darf bestehen an dem festen Willen der Regierung, Ordnung zu schaffen, und hierfür sich einzusetzen, ist heute eine der wichtigsten innerpolitischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, die auch hier nicht bloß zerstören, sondern neu aufbauen will. Die Waffe in der Hand der Staatsgewalt hat dem Schutz freiheitlichen Rechts zu dienen und nichts anderem!

Die deutschen Gegenvorschläge im Schweizer Urteil.

Wenig Keime zu neuen Kriegen.

Bern, 20. Mai. Soweit bisher die Schweizer Blätter die deutschen Gegenvorschläge kommentieren, weisen sie auf eine Kluft hin, die die deutschen Vorschläge vor dem Versailler Vertragsentwurf trennt. Die „Zürcher Post" meint, daß für die Annahme, man werde durch die beiden Vorschläge nach Verhandlungen eine Mittellinie ziehen, die Tatsache spreche, daß beide Teile am Zustandekomen des Friedens nahezu mit ihrer Existenz verknüpft sind. „Journal de Geneve" untersucht die Berechtigung der Deutschen, die Alliierten auf die 14 Punkte Wilsons festzulegen und schreibt: Gesteht man den Deutschen dieses Recht zu, so muß man anerkennen, daß die betreffenden Ausführungen viel treffende Bemerkungen enthalten. Andererseits gibt es in den alliierten Ländern niemand, der nicht die Mängel des Versailler Entwurfes einsieht. Da aber der ganze Entwurf ein zerbrechliches Kompromiß ist, wagt man nicht, daran zu rühren. Die Deutschen begehen daher einen schweren Fehler, wenn sie etwa glauben, in wesentlichen Punkten eine Revision erlangen zu können. — Auch der Leitartikel der „Basler Nationalzeitung" sagt, es könne leider kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den Alliierten nicht die geringste Neigung vorhanden sei, sich irgendwie sachlich mit Deutschlands Vorschlägen auseinanderzusetzen. Man müsse aber der Wahrheit gemäß antworten, daß die deutschen Vorschläge die besseren seien, da sie weniger Unrecht und weniger Keime zu neuen Kriegen enthalten. Allerdings hält auch sie die deutschen Vorschläge nicht für tadellos und rügt dabei besonders die deutsche Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, in der eine Erschleichung von Vorteilen besonders zu ungunsten Polens liege.

Das Spinnengewebe des Teufels.

Zuschrift eines neutralen Ausländers.

Genosse Ludvig Meyer-Kristiania schreibt uns:

Spinnengewebe des Teufels — einen ehrenvollen Namen verdienen die Friedensbedingungen der Alliierten nicht. An Gebietsabtretungen und Entmündigungen, an wirtschaftlicher Entkräftung, an Waren- und Geldlieferungen verlangen die Alliierten ungefähr das Dreifache dessen, was sie nach ihren eigenen Versprechungen zu verlangen berechtigt sind. Und das gilt nur für das, was wir schon wissen. Kann die Schraube noch ein paarmal gedreht werden, so haben sich die Forderungsberechtigten vorbehalten, es zu tun. Auf einer derartigen Grundlage wird Wilsons Völkerbundgedanke nur ein Instrument für Henkersdienste.

Aber das Proletariat in den alliierten Ländern? Wird es nicht eine gerechte Abrechnung verlangen? Wird es nicht das gleiche Recht für deutsche Brüder wie für sich selbst verlangen? — Es ist kein Grund vorhanden, an dem guten Willen der Arbeiter in irgendeinem Lande zu zweifeln. Aber in allen menschlichen Beziehungen muß man auch mit der Trägheit rechnen, so lange sie sich hinter irgendeinem Vorwand verbergen kann. Gerade in der Spekulation hierauf liegt der Schwindel in den Friedensbedingungen der Alliierten. Es ist nicht möglich, gesunde und geordnete Verhältnisse zu erzielen, ohne daß es zu einer Entscheidung zwischen Arbeit und Kapital kommt. Aber der Kampf kann hinausgeschoben und verflacht werden, und das soll mit dem Gedanken an die gewaltige Erpressung an Deutschland erreicht werden. Selbst wenn die Unterzeichnung der Friedensbedingungen durch gewalttätige und grausame Mittel erzwungen werden muß, soll sie gleichwohl als Beruhigung dafür dienen, daß Deutschland seine Pflicht und Fähigkeit anerkennt, das zu zahlen, was verlangt ist.

Das Gesamt-Nationaleinkommen Englands belief sich vor dem Kriege auf ungefähr 40 Milliarden Mark. Mindestens das Doppelte ist jetzt erforderlich, um zu verläßlichen sozialen Verhältnissen zu kommen. Selbst wenn alljährlich einige Milliarden aus Deutschland herausgepreßt werden könnten, würde der Teil, der davon auf England entfällt, in Englands sozialem Haushalt nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Und dennoch hat Lloyd Georges Parlamentsmehrheit unter diesem Vorwand mehr als ein halbes Jahr verstreichen lassen, ohne die wirtschaftliche und soziale Regelung der Verhältnisse planmäßig und energisch in Angriff zu nehmen. Was getan ist, war nur Stückwerk und ist von den Arbeitern erzwungen worden. Und noch viel schlimmer steht es in Frankreich und Italien.

Wenn Deutschland sich trotz Arbeits- und Lebensmittelnot weigert, diesen Völkerbetrug mitzumachen, davon wird keine Regierung und kein Parlament sich unter dem Vorwand halten können, deutsche Schuldverpflichtungen an Amerika zu verkaufen. Sie werden auf jeden Fall gezwungen werden, durch eigene Bestrebungen mit dem Wiederaufbau zu beginnen.

Dann wird es allen, auch in den alliierten Ländern, bald klar werden, daß Zusammenarbeit unter den Nationen, gegenseitiges Verstehen und Wohlwollen die einzig mögliche Lösung unter den jetzigen Bevölkerungs- und Kulturverhältnissen sind. Erst dann ist die Zeit zu einer dauernden Uebereinkunft mit Deutschland und Rußland wirklich gekommen. Und diese Zeit braucht nicht fern zu sein, wenn Deutschland Standhaftigkeit zeigt.

Die nordischen Länder und der Völkerbund.

Berlin, 20. Mai. Die auf Einladung der schwedischen Regierung vom 26. bis 28. Mai in Stockholm stattgehabte Besprechung der Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten der drei skandinavischen Länder hat die Völkerbundfrage behandelt, und die weitere Bearbeitung der einschlägigen Einzelfragen den bereits bestehenden gemeinsamen Ausschüssen übertragen; zur endgültigen Entschließung über den Anschluß an den Völkerbund wollen die Minister wieder zusammentreten. Gegenseitige Mitteilungen über die Aenderungen der handelspolitischen Lage seit der vorigen Ministerzusammenkunft ergaben, daß die Entwicklung in den drei Ländern gleichartig gewesen ist. Man vereinbarte ferner, daß besondere Delegierte sofort über eine gleichartige Vertretung der Ersatzforderungen für Verluste aus dem Seekrieg beraten sollen.

Weitere Delegierte der drei Länder sollen ein Zusammenarbeiten zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der nordischen Länder in Staaten erwägen, in denen eine Beschlagnahme oder Konfiskation des Eigentums oder der Guthaben von Ausländern vorbereitet zu werden scheint. Schließlich wurde der allseitige Entschluß festgestellt, auch nach dem Kriege das vertraute und freundliche Zusammenarbeiten der drei Länder fortzusetzen.

Neuordnung des russischen Eisenbahnwesens

Ausschaltung bolschewistischer Grundsätze.

Ein russischer Genosse schreibt uns:

Die Zerrüttung des bolschewistischen Eisenbahnwesens hat einen Umfang angenommen, der bereits die Stillegung des Betriebes an mehreren Strecken herbeigeführt und die völlige Lahmlegung des Verkehrs in die nächste Aussicht gerückt. Daher ist es von Interesse, daß der kürzlich ernannte Volkskommissar für Verkehrswesen, Ingenieur Krassin (ehemaliger Angestellter bei Siemens in Berlin), zu rigorosen Maßnahmen seine Zuflucht nimmt. Nach dem Petersburger bolschewistischen offiziellen Blatt „Sjewernaja Kommuna" schreibt Krassin die Desorganisation der Eisenbahnen in der Hauptsache dem Fehlen einer zielbewußten Eisenbahnpolitik und dem zu häufigen Wechsel in den Verwaltungsformen und Verwaltungsorganen zu, was für das bolschewistische Wirtschaftssystem allerdings wenig schmeichelhaft ist.

Der Plan Krassins geht durchweg dahin, das Walten kollegialer Organe auszuschalten und überall an deren Stelle in vollem Maße verantwortliche Einzelverwalter einzusetzen. Die Ausschaltung der Kollegien soll von unten nach oben konsequent durchgeführt werden, so daß sogar der Beirat des Volkskommissars, d. h. die höchste ihm zur Seite stehende Instanz, nicht gewählt, sondern aus von ihm selbst ernannten und vom Rat der Volkskommissare bestätigten Mitgliedern zu bestehen hätte.

Der Zentral-Verkehrsausschuß, die oberste Eisenbahninspektion, der Finanzausschuß und der Oberste Technische Rat sind nach diesem Plan nur beratende Organe. Der Volkskommissar vereinigt in seiner Person alle Verwaltungsbefugnisse des Kommissariats. Er ist für seine Anordnungen dem Rat der Volkskommissare allein verantwortlich. Alle Eisenbahnbeamten, vom Weichensteller ab bis zum Mitglied des Kollegiums, sind verpflichtet, die Anordnungen des Verkehrskommissars zu befolgen. Fernliegende Ziele, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu verwirklichen sind, werden vorläufig zurückgestellt. Dahin gehören z. B. Reformpläne, wie die Ersetzung des alten Verwaltungsapparates durch das Bezirkssystem, die Krassin unter den jetzigen Umständen für unmöglich erklärt. Es sei darum notwendig, diese Reform unverzüglich einzustellen und soweit es möglich ist, den alten, technischen Apparat der Eisenbahnverwaltung (d. h. den Apparat aus der zaristischen Zeit; Red. d. „Vorw.") wiederherzustellen. Soweit es möglich ist, soll an die Spitze der Bahn, wie auch jeder Abteilung und Werkstatt, eine Person (und kein Rat! Red. d. „Vorw.") gestellt werden, die für die ganze Arbeit in politischer, administrativer und technischer Beziehung die Verantwortung trägt. In den-

Der Sänger der Demokratie.

Zum hundertsten Geburtstage von Walt Whitman.

Ein jeder von uns unvermeidlich!
Ein jeder von uns unermeßlich! Ein jeder von uns, sei's Mann, sei's Weib, mit seinem Recht auf der Erde!
Ein jeder von uns mit seinem Teil an dem ewigen Zweck der Erde!
Ein jeder von uns hier ebenso göttlich wie irgendeiner!
Aus Whitmen: Gruß an die Welt.

„Unbestreitbar amerikanisch": so kennzeichnete Emerson die Gedichte Walt Whitmans, als er sie seinem Freunde und Meister Carlyle zusandte. Er hätte vielleicht noch mehr sagen dürfen: Whitmans Gedichte sind das amerikanische Erzeugnis, das die Dichtung der Vereinigten Staaten bisher hervorgebracht hat, ja vielleicht zuletzt ihr einziges ganz und gar amerikanisches Erzeugnis. Denn während man bei allen anderen amerikanischen Dichtern doch die europäischen Einflüsse nachweisen kann, die auf sie gewirkt haben, ist Whitman nur als bodenständiges Gewächs der Neuen Welt zu verstehen, und so fern steht er allem Historischen, daß er als Ergebnis seines Studiums der Vergangenheit den Wunsch ausspricht, ihre großen Meister möchten wiederkehren, um ihn zu studieren. Denn mit vollem Bewußtsein empfindet er sich als etwas Neues, und mit ungemeinem Selbstgefühl betont und besingt er sein Ich als eine ganz eigene Welt, einen Makrokosmos: „Ich feiere mich selbst und singe mich selbst", aber ich bist du, „und alles, was ich mir herausnahm, das sollst du dir herausnehmen, denn jedes Atom gehört dir sowohl als mir". Und diesem Ich tritt nun ein zweites zur Seite:

„Ein Ich singe ich — eine einfache abgesonderte Person, doch sprech' ich das demokratische Wort aus, das Wort En masse."

Diese Verbindung und wirkliche Durchdringung eines überaus stark entwickelten Individualismus mit durch und durch demokratischer Gesinnung, und beides getragen von edelstem Idealismus, bildet das Kennzeichen der Gesänge dies merkwürdigen Amerikaners. Er ist ein Prophet, auf dessen Sprache die Bibel unverkennbar gewirkt hat. „Allein um den Samen einer größeren Religion in die Erde zu streuen, singe ich, jeden seinetwegen, die folgenden Gesänge"; und diese neue Religion soll „zwei Hoheiten" anerkennen: „Die Hoheit der Religion." Tief religiös ist seine ganze Dichtung, dabei durchwoben von einem allumfassenden Weltgefühle, das sich in den höchsten Aether zu schwingen und in den Grashalm liebevoll zu versenken vermag und so zuweilen an den heiligen Franz von Assisi erinnert. Der Demokratie aber widmet er immer neue huldigende Töne:

„Demokratie, in deiner Nähe dehnt sich jetzt eine Kehle aus und singt voll Freuden."

In einem seiner Gesänge erklärt er, daß er in seinen Gedichten den fremden Ländern Amerika, „seine athletische Demokratie" zu erklären wünsche, und immer wiederholt er, daß seine Dichtungen ganz und gar amerikanisch und Kinder Amerikas seien. Indes umfaßt seine Seele die ganze Welt, die ganze Menschheit, träumt eine große Kameradschaft aller Menschen, singt von einem Völkerbunde, daß kein Staat unter irgend welchen Umständen einem anderen Staat unterworfen sei und ich werde einen Gesang machen, daß Freundschaft des Tages und des Nachts unter allen Staaten sei, und nicht nur zwischen zweien derselben." So konnte dieser Dichter in dem die edelsten neuenglischen Ueberlieferungen in höchst origineller Form sich erneuerten, wohl mit Stolz sagen:

„Einsam im Westen singend erhebe ich meine Stimme für eine Neue Welt."

Freilich muß der Leser sich an den Klang dieser Stimme erst gewöhnen. Whitman verschmäht die überlieferten Formen des Verses — auch hierin ein modernster unserer Tage! — Er dichtet in freien fesselosen Rhythmen, die zuweilen eintönig und hart wie das Geklapper von Pferdehufen auf der Landstraße laufen, dann aber wieder zu mächtiger Klangwirkung, zu hinreißender Musik aufrauschen und sich zum Ausdrucke der verschiedensten Empfindungen als fähig erweisen. Der kriegerische Klang der Trommel, das Rauschen unendlicher Wälder, die Brandung der See, das lärmende Leben der modernen Großstadt, das Gleiten des Segelschiffes, die große Stille der Prärie: das alles klingt in und aus seinen Gedichten. Er war ein unermüdlicher Wanderer, unersättlich in dem Wunsche zu leben; er wollte seine Seele zu einer Schatzkammer des ganzen Lebens in Stadt und Land, auf dem Lande und zur See, bei Reich und Arm, in Krieg und Frieden machen und so sein Ich zur Welt erweiternd die Welt durch sein Ich erneuern und bereichern.

So amerikanisch wie sein Dichtung ist auch sein Lebensgang. Zu Long-Island, von väterlicher Seite aus englischem, von mütterlicher aus holländischem Blute geboren, hatte er sich schon mit dreißig Jahren auf eigene Füße zu stellen, wurde Lehrer, Zeitungsredakteur, Tischler, und war schließlich auf dem Wege als Bauunternehmer ein wohlhabender Mann zu werden. Allein der dichterische Trieb in ihm war zu stark, er gab alles andere auf und veröffentlichte 1855 seine ersten Gedichte in einem schmächtigen Bändchen, das den Titel „Grashalme" trug und später auch seine anderen Gedichte in sich aufgenommen hat. Der Band blieb so gut wie unbeachtet, und wo er beachtet wurde, wurde er verdammt. Whitman aber ließ sich dadurch nicht beirren und dichtete weiter. Im Sezessionskriege war er begeisterter Parteigänger des Nordens und erwarb sich durch seine selbstlose Hingabe an die Pflege der Verwundeten große Bewunderung. Nach dem Kriege erhielt er eine kleine amtliche Stellung, die er aber verlor, als der Minister, ein früherer Methodistenprediger, erfuhr, daß Whitmann der Verfasser der in manchen Kreisen als anstößig verworfenen „Grashalme" sei. Doch erwirkten ihm seine Freunde eine andere kleine Anstellung. Ein Schlaganfall, den er 1873 erlitt, traf ihn hart, er brachte ihn völliger Armut nahe und beraubte den wanderfrohen Mann seiner Bewegungsfreiheit. Erst 1892 ist er verstorben. Nie aber ist ein Zug von Bitterkeit in sein Dichten eingedrungen, immer zuversichtlich, immer gläubig hat er das Evangelium einer neuen, besseren Zeit, einer schöneren Menschheit gepredigt.

Unendlich viel in seinen wundersamen Hymnen berührt gerade in der heutigen Zeit die tiefsten Seiten unseres Seelenlebens. Es gibt da ein kleines Gedicht von ihm, das den Titel „Versöhnung" führt: „Wort aller Worte, schön wie der Himmel, Schön, daß der Krieg und alle seine blutigen Taten mit der Zeit völlig vergehen." In diesem Gedicht heißt es:

„Mein Feind ist tot — ein göttlicher Mensch, wie ich selbst, ist tot. Ich schau ihn liegen, bleichen Gesichts und still in dem Sarge — ich trete heran; Ich beuge mich nieder und teils mit den Lippen berühr' ich das bleiche Gesicht in dem Sarge."

Notizen.

— Der berühmte Botaniker Geheimrat Schwenderer starb am Dienstag im 91. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Montag nachmittags 4 Uhr auf dem Matthäikirchhof in der Großgörschenstraße statt.

— Berliner Konzerte. Dr. Waldemar Staegemann bot im Beriliosaal einen erlesenen Genuß. Lieder und Rezitationen: Liebes-Lyrik, und zwar Dichterliebe (Schumann-Heine) und Sonette an Lad von Anton Wildgans. Der Sänger Staegemann fesselt und interessiert besonders durch die hervorragend geistige Beherrschung und Wiedergabe seiner Lieder. Seine Stimme ist bisweilen spröde, aber was tut das! Eine so überragende Intelligenz und starke Empfindung wie Staegemann sie besitzt, schlägt seine Hörer ganz in Bann. Erschütternd wirkt das Lied: „Ich große nicht." — Und das heiße, mitreißende, leidenschaftliche Empfinden pulste auch in seinen Deklamationen, in den Sonetten von Wildgans. Wie groß aber ist doch Heine in seinen kleinsten Liedern! Boos am Flügel bot wieder Vollendetes. ed.

— Romain Rolland interniert? Der freimütige Verfechter wahrer Völkerversöhnung, der französische Dichter Romain Rolland, wird, wie der „Vossischen Zeitung" aus Genf gemeldet wird, von der Regierung Clemenceaus in Frankreich festgehalten und steht unter strenger Zensur. Rolland war von Genf, seinem gewöhnlichen Wohnsitze, zur Beerdigung seiner Mutter in seine Heimat gereist. —

Der Friedensfreund H. Guilbeaux zum Tode verurteilt — Rolland im Zwangsdomizil — das ist die Freiheit der imperialistischen Republik!

— Städtische Kinderlesehallen. In Essen richtet die Stadtverwaltung eine Städtische Kinderlesehalle ein. Als Lokal hat man ein Gebäude mitten in einem dicht bevölkerten Arbeiterviertel ausgewählt. Man will die Jugend aller Volkskreise von der Straße hereinholen und ihr durch schöne Bücher und Erzählen von Geschichten geistige Anregung und bei schlechtem Wetter eine Zufluchtsstätte bereiten. Besonderen Wert wird man darauf legen müssen, arbeitsfreudige Hilfskräfte zu gewinnen, die die Kinder nicht bloß überwachen, sondern auch sie zu unterhalten verstehen.

Aus der deutschen Friedensdenkschrift.

Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, Außenhandel und Seeschiffahrt.

Der im Frieden aufgestellte Grundsatz, Deutschland solle außerhalb seiner Grenzen in Europa keinerlei Rechte haben, ist mit dem Vorvertrag über den Friedensschluß unvereinbar. Deutschland bedarf der Seeschiffahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben. Die Wegnahme der in Feindeshäfen internierten deutschen Schiffe ist völkerrechtlich unbegründet. Die geforderte Herausgabe der deutschen Handelsflotte sowie die im Vertrage vorgesehenen Maßnahmen über die Handelsschiffahrt lassen es unerfindlich erscheinen, wie es möglich sein solle, daß nach Jahren die deutsche Handelsflotte bei ihrem Wiederentstehen Bedingungen vorfinden könnte, welche den Grundsatz voller gegenseitiger Freiheit der Schiffahrt für sie praktisch anwendbar erscheinen lassen. Die Wegnahme der deutschen Kabel ist eine ungerechtfertigte und abzulehnende Einschränkung des äußeren deutschen Nachrichtendienstes. Alle vertraglich vorgesehenen Maßnahmen gegen die deutschen Rechte und Interessen im Ausland lassen sich unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung nicht rechtfertigen. Zwar bringen sie

dem gegnerischen Kaufmanne große Vorteile,

heilen aber nichts an den Schäden, welche Deutschland zu ersetzen sich verpflichtet hatte. Die einseitige Benachteiligung des deutschen Außenhandels muß unterbleiben. Die Forderung auf Auslieferung der Ueberseehandelsflotte ist unannehmbar, dagegen ist die deutsche Delegation bereit, in Anbetracht der durch den Krieg entstandenen Lücken sich an den für die Gesamtheit erforderlichen Transportleistungen dadurch zu beteiligen, daß es die Schiffe in einem Weltpool fahren läßt, welcher für alle beteiligten Flaggen einheitliche und gleiche Mitwirkung in der Leitung vorsieht. Deutschland ist bereit, die Bauverpflichtung für Handelsschiffe zu übernehmen und stellt anheim, darüber zu verhandeln, ob eine gegenseitige Beteiligung alliierter und deutscher Schiffsinteressen in beiderseitigen Schiffsunternehmungen herbeigeführt werden kann.

In der Frage der Wiedergutmachung ist für Deutschland betreffs der Schadenersatzpflicht die Botschaft Wilsons vom 8. Januar und die Note Lansings vom 5. November 1918 maßgebend. Eine Ersatzpflicht besteht für Deutschland nur für den Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum durch Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt war. Diese Verpflichtung war für Deutschland annehmbar, weil es die Schrecknisse des Krieges durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der belgischen Neutralität, in fremdes Land hineingetragen hatte.

Eine Ersatzpflicht an Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen wird abgelehnt,

weil Deutschland hier nicht angegriffen hat. Müßte eine vertragsmäßige Vereinbarung aufgegeben werden, so würde auch Deutschland eine erhebliche Schadensrechnung aufstellen. Bezüglich der finanziellen Leistungen für Schadenvergütung stellt Deutschland den Grundsatz der Gegenseitigkeit auf und lehnt die Erstattung der unmittelbaren Kriegskosten und die Erstattung der Kosten für das Besatzungsheer ab; da Deutschland in jeder Hinsicht wehrlos sei, sei die Sicherung durch eine Besetzung nicht notwendig. Deutschland ist einverstanden, daß der Gesamtbetrag der von ihm zu ersetzenden Schäden bis zum 1. Mai 1921 endgültig festgestellt wird, aber nicht allein durch die Kommission zur Wiedergutmachung, sondern unter Mitwirkung deutscher Kommissionen. Deutschland erklärt sich bereit, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Einnahmen aus den Abgaben und Betriebsüberschüssen des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten als Annuität zu bezahlen. Deutschland erkennt den Grundsatz an, daß das deutsche Steuersystem den Steuerzahler in seiner Gesamtheit nicht weniger belasten solle, als das des meistbelasteten, in den Kommissionen zur Wiedergutmachung vertretenen Staaten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß es durch den endgültigen

Friedensvertrag nicht zerstückelt, seine industrielle Unternehmungsbasis nicht zerschlagen

wird, daß ihm die Wiederaufnahme seiner Ueberseebeziehungen, die Wiedergewinnung von Kolonien und überseeischen Handelsstützpunkten nicht versagt, ihm eine hinreichende Handelsflotte großer Schiffe belassen wird und die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Weg internationaler Rechtshilfe zur Versteuerung herangezogen werden können. An der Wiedergutmachung müssen auch alle Gebiete beteiligt sein, welche durch den Friedensentwurf von Deutschland abgetrennt werden. Nach den deutschen Vorschlägen würde eine interalliierte Kommission tätig sein 1. bei der Feststellung des Schadens, 2. bei der Feststellung des Wertes der Naturalleistungen, 3. bei der Verständigung über die aus Naturalleistungen zu entnehmenden Beträge für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, 4. bei der jetzt vorzunehmenden Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zwecks Feststellung des Prozentsatzes der Abgaben von Staatseinnahmen. Deutschland ist bereit, eine auf 20 Milliarden Goldmark lautende, spätestens am 1. Mai 1926 fällige Schuldverschreibung auszustellen, ferner über den Rest der Gesamtsumme des festgestellten Schadens die notwendigen Schuldurkunden auszufertigen und vom 1. Mai 1917 jährliche Abzahlungen darauf in zinsfreien Raten zu leisten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schadenslast

keinesfalls den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen

soll, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien für die ihm von den alliierten und assoziierten Mächten vorgeschossenen Beträge wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Goldmark. Auf die erste Schuldverschreibung von 20 Milliarden sind anzurechnen alle diejenigen Leistungen, welche Deutschland auf Grund des Waffenstillstandes gemacht hat und machen wird, ebenso der Wert aller Leistungen, welche Deutschland nach dem Friedensvertrag zu machen haben wird und welche ihm auf Entschädigungskonto gutzubringen sind. Die ab 1926 zu leistende Annuität soll in den ersten zehn Zahlungsjahren nicht höher sein als der jeweilige Gegenwert einer Milliarde Goldwert. Zwei Jahre vor Ablauf der zehn Jahre soll über die Festsetzung des Höchstbetrages neu verhandelt werden.

Schiffsabgabe und Maschinenauslieferung.

In dem darauffolgenden 8. Abschnitt über die wirtschaftlichen Leistungen wird in bezug auf die Ablieferung der deutschen Schiffe festgestellt, daß Deutschland mit seiner ganzen Wirtschaftskraft am Wiederaufbau des durch den Krieg Zerstörten mitwirken will und deshalb

so wichtige Produktionsmittel wie seine Handelsschiffe nicht abliefern kann.

Dagegen werden die schon erwähnten Vorschläge über einen Weltpool und gegenseitige Beteiligungen gemacht. Die Anzahl von Seefischereifahrzeugen, deren Auslieferung gefordert ist, wird angesichts der mangelnden Fleischversorgung für im Interesse der Ernährung des deutschen Volkes unmöglich erklärt. Ebenso werden eingehende Vorschläge über die Auslieferung deutscher Flußfahrzeuge und deren Anrechnung auf Wiederherstellungskonto gemacht.

In der Frage der Herausgabe sowie des Ersatzes von Maschinen betont die Denkschrift, daß die hierfür notwendigen Maßnahmen unter Wahrung der wirtschaftlichen Souveränität der deutschen Regierung getroffen werden müssen, daß also die im Entwurf der Entente vorgeschlagene Wiederherstellungskommission anders zusammenzusetzen und mit anderen Befugnissen auszustatten ist. Um die Einseitigkeit der Entscheidung und der Kontrollbefugnis der Kommission zu vermeiden, muß eine deutsche Kommission eingesetzt werden, die mit der der Entente zusammenarbeitet. Insbesondere muß die Bestimmung beseitigt werden, daß eine Desorganisation des deutschen Wirtschaftslebens durch die Wegnahme von Materialien usw. nur insoweit vermieden werden dürfe, als dadurch die Fähigkeit Deutschlands zur Schadenersatzleistung beeinträchtigt werden könne;

da Deutschland nicht nur lebt, um Schadenersatz zu leisten, sondern auch um sich wieder aufzurichten,

muß überhaupt seine Desorganisation vermieden werden.

Kohlenlieferung, Binnenschiffahrt und Handelsverträge.

Zur Deckung des Unterschiedes zwischen der Förderung der im Kriege zerstörten Kohlengruben vor dem Kriege und deren jeweiliger Förderung in den nächsten zehn Jahren ist Deutschland bereit, in der ersten Zeit 20 Millionen Tonnen und in fünf Jahren 8 Millionen Tonnen jährlich als Höchstmaß zu liefern. Ferner schlägt aber der Entwurf vor, daß die deutschen Schachtbauunternehmungen sich an der Wiederherstellung dieser Gruben beteiligen oder diese Wiederherstellung selbst übernehmen. Im übrigen wird nachgewiesen, daß die statistischen Unterlagen des Enterteentwurfs ein unzutreffendes Bild von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenindustrie geben. Des ferneren wird verlangt, daß im Austausch gegen die Kohlen- und Koklieferungen Minette aus Lothringen und Frankreich geliefert wird und daß für die deutschen Lieferungen die allgemeinen Wettbewerbspreise angerechnet werden, wobei die deutschen und die englischen Preise zugrundezulegen sind. In bezug auf die chemische Industrie wird festgestellt, daß

zwischen den Forderungen der Entente und den Zwecken der Wiederherstellung kein Zusammenhang

besteht. Trotzdem ist die deutsche Regierung zur Annahme dieser Forderungen bereit. Sie muß jedoch ablehnen, daß die Wiederherstellungskommission das Recht hat, die Selbstkosten der Farbstoff- und chemischen Werke zu kontrollieren und hierdurch Kenntnis von deren Geschäftsgeheimnissen zu erlangen.

Die Denkschrift betont, daß weitere Verhandlungen, und zwar mündliche Verhandlungen über diese Fragen notwendig sind. Deutschland hat für die handelspolitischen Bestimmungen gleich den Alliierten die Wilsonschen Punkte angenommen, also

ein Anrecht auf vollkommene Gleichberechtigung mit den übrigen Nationen.

Nur wenn ihm die handelspolitische Freiheit, die es vor dem Krieg hatte, gegeben wird, kann es die übernommenen Lasten tragen. Es muß deshalb auch darauf bestehen, alsbald in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Es beantragt, an Stelle der im Friedensentwurf vorgesehenen einseitigen Rechte für die alliierten und assoziierten Regierungen für eine kürzere Reihe von Jahren gegenseitige unbedingte Meistbegünstigung in allen wirtschaftlichen Beziehungen jeder Art mit einzelnen sachlich angemessenen Ausnahmen zu gewähren. Dies gilt besonders betreffs der Zollbehandlung. Deutschland ist bereit, im Benehmen mit den übrigen Staaten auf

Vermeidung jeden unlauteren Wettbewerbs

hinzuwirken und an der Ausbildung eines internationalen Verkehrsrechtes, das nach Möglichkeit alle Bevorzugungen ausschließt, mitzuwirken. Es ist bereit, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit auf seinen Eisenbahnen allen Gütern der alliierten und assoziierten Mächte meistbegünstigte Behandlung zuteil werden zu lassen. Die Verpflichtung zur Abgabe von Eisenbahnmaterial an Polen kann nicht anerkannt werden. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, neue Bahnen nach der Vorschrift der Alliierten zu bauen, nicht, noch kann es fremden Staaten die Herstellung von Bahnanlagen in Deutschland ohne zuvorige Verständigung gestatten.

Die Annahme der Bestimmungen des Friedensentwurfes über die Binnenschiffahrt ist mit der Fortdauer der Souveränität Deutschlands unvereinbar und unmöglich. Deutschland ist bereit, den

deutschen Stromverkehr allen Staaten zu öffnen,

jedoch sind an der Verwaltung lediglich die Uferstaaten zu beteiligen. Deutschland ist bereit, Sonderabkommen mit der Tschechoslowakei über ein Mitbenutzungsrecht am Hamburger Hafen abzuschließen und betreffs Abgabe von Flußschiffahrtstonnage mit beteiligten Staaten in Verhandlungen einzutreten. Die Vorschrift des Friedensvertrages, welche den Kieler Kanal praktisch einer internationalen Kommission unterstellt, wäre nur aufnehmbar, wenn mit allen anderen Verbindungsstraßen der Meere gleicherweise verfahren werde.

Die Abmachungen des Friedensvertrages über Kollektivverträge wirtschaftlich-technischer Art zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten sind für Deutschland unannehmbar. An ihrer Stelle schlägt Deutschland vor, daß die zwischen den vertragschließenden Teilen vor Kriegsausbruch in Kraft gewesenen Verträge grundsätzlich mit der Ratifikation des Friedensvertrages wieder in Kraft treten; jedem vertragschließenden Teil soll binnen bestimmter Frist freistehen, diejenigen Verträge mitzuteilen, die mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen sollen. Die Außerkraftsetzung der Verträge Deutschlands mit seinen früheren Bundesgenossen sowie mit Rußland und Rumänien kann in der Allgemeinheit, wie es der Friedensvertrag vorsieht, nicht zugestanden werden.

Die Frage der Kriegsgefangenen und die Verfolgung Wilhelms II.

Deutschland verlangt, daß alle Kriegsgefangenen oder Zivilinternierten, die wegen eines vor oder während der Gefangenschaft im feindlichen Machtbereich begangenen Verbrechens oder Vergehens verurteilt wurden, freigelassen werden. Betreffs der Behandlung und Abbeförderung müssen vertraglich alle Erleichterungen gewährt werden, welche den alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen von Deutschland beim Waffenstillstand zugebilligt waren. In diesen Fragen wie in der Frage der Grabstätten muß Gegenseitigkeit bestehen. Den aus besetzten Gebieten stammenden Kriegs- und Zivilgefangenen muß hinsichtlich ihrer Rückkehr nach der Heimat mehr Spielraum gewährt werden, als der Vertrag vorsieht.

Die beabsichtigte Strafverfolgung gegen den früheren Deutschen Kaiser entbehrt der Rechtsgrundlage. Es gibt kein Strafgericht, das zur Entscheidung über die erhobene Anklage berufen wäre. Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, daß der

Deutsche Kaiser vor ein fremdes Ausnahmegericht gestellt

und auf Grund eines Ausnahmegesetzes nach Ausnahmegesetzen, nach Grundsätzen nicht des Rechtes, sondern der Politik gerichtet und wegen einer Tat bestraft wird, welche zurzeit ihrer Begehung nicht mit Strafe bedroht war. Die deutsche Regierung erklärt sich nicht einverstanden, daß an Holland ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers gestellt werde; auch kann Deutschland die Verpflichtung nicht übernehmen, den Gegnern diejenigen Personen, welche von ihnen eines Verstoßens gegen das Kriegsgesetz als Kriegsgebrauch beschuldigt werden, zur Aburteilung zu überantworten, weil das deutsche Strafgesetzbuch Auslieferung Deutscher an ausländische Regierungen verbietet. Deutschland ist bereit, die Entscheidung der völkerrechtlichen Vorfrage, ob eine im Kriege begangene Handlung als Verletzung der Kriegsgesetze anzusehen ist,

einem aus Neutralen zusammengesetzten internationalen Gerichtshof,

vor den von Angehörigen aller vertragschließenden Teile Verletzungen der Kriegsgesetze gebracht werden können, zu überlassen, vorausgesetzt, daß Deutschland an der Bildung des Gerichtshofes gleichen Anteil hat wie die Alliierten, daß die Zuständigkeit des Gerichtshofes auf die Entscheidung der völkerrechtlichen Frage beschränkt wird und die Bestrafung nationalen Gerichten überlassen bleibt.

Weltarbeiterschutz und Friedensbürgschaften.

Zu den Arbeitsfragen übergehend, führt die Denkschrift aus, daß die Fortschritte deutscher Arbeiter, welche sie in jahrelangen Kämpfen errangen, durch die Friedensbedingungen vernichtet werden, daß dagegen die

Bedingungen des Friedensentwurfes für die deutschen Arbeiter allergrößte Not und Ausnützung

ihrer Arbeitskraft bringen. Da aber die Arbeitsbedingungen der verschiedenen Länder von einander abhängig sind, so wird durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Deutschland auch in anderen Ländern die Lebenshaltung der Arbeiter sinken. Im Endergebnis würde der

Friede daher auf Kosten der Arbeiterschaft aller Länder geschlossen

werden. Die deutschen Arbeiter sind nicht bereit, nur zu arbeiten, um die Früchte ihrer Arbeit fremden Unterdrückern hinzugeben; die deutschen Arbeiterorganisationen widersetzen sich der Absicht, durch Abtretung von Gebieten ihre deutschen Arbeitsbrüder unter die Herrschaft von Ländern zu bringen, die, wie das zukünftige Polen, für die Wohlfahrt der Arbeiter keine oder nur ungenügende Bestimmungen besitzen. Die Bestimmungen des Friedensentwurfes über die Arbeitergesetzgebung behandeln die Arbeiter als bloße Vermögensstücke:

ein Friede, der die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht bringt, kann nicht von Dauer sein.

Die deutsche Delegation beantragt in Uebereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder erneut die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterorganisationen, welche zu den alliierten Friedensvorschlägen, den deutschen Gegenvorschlägen und den Beschlüssen der Berliner Gewerkschaftskonferenz Stellung nehmen soll. Das Ergebnis dieser Beratungen sowohl für das materielle Arbeiterrecht wie für die internationale Arbeiterorganisation wird in den Friedensvertrag aufzunehmen und damit zu internationalem Recht zu erheben sein; jede andere Regelung bedeutet eine Verletzung fundamentaler Menschenrechte.

Der letzte Abschnitt der deutschen Denkschrift erklärt die im Friedensentwurf vorgesehenen Bürgschaften für die Durchführung für unannehmbar.

Die Möglichkeit eines deutschen Angriffes sei ausgeschlossen;

Deutschland habe keine Bedenken, den Schutz seiner Westgrenzen durch Befestigungen aufzuheben, auch zur See sei Deutschland völlig wehrlos. Die Besetzung würde die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung erschweren, wenn nicht unmöglich machen, Deutschland große Kosten verursachen und den Kreislauf des wirtschaftlichen Lebens innerhalb Deutschlands stören. Deutschland erwartet, daß die

besetzten Gebiete spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des Friedens geräumt

werden, und zwar die Brückenköpfe zuerst. Der Bevölkerung wäre freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, die administrative und gerichtliche Gewalt wäre ausschließlich durch zuständige deutsche Organe auszuüben, aller Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland dürfte in keiner Weise gehindert werden. Zum Schluß erklärt die Denkschrift, daß sich den Alliierten als Bürgschaften wirksamere Mittel als Zwang und Gewalt bieten.

Durch den Willen des Volkes wurde Deutschland Demokratie und Republik.

Eine Rückkehr zu Verfassungszuständen, unter denen der Wille des deutschen Volkes mißachtet werden könnte, ist ausgeschlossen. Das neue Deutschland sei überzeugt, Vertrauen zu verdienen, und dürfte darum Aufnahme in den Völkerbund verlangen. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund stellt für sich allein schon die stärkste Bürgschaft der Vertragstreue jeder deutschen Regierung dar. Wesentlich größer noch wird der innere und äußere Wert dieser Bürgschaft sein, wenn die Sieger sich bereit finden lassen, Deutschland beim Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens tätig zu helfen.

Schlußworte.

Die Vorschläge der deutschen Regierung sind von dem Wunsch eingegeben, einen dauernden Frieden zu sichern; aber in der Macht der alliierten und assoziierten Regierungen steht es, der Menschheit denjenigen Frieden zu verschaffen, welcher allein die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Das Schicksal Rußlands redet eine deutliche Sprache.

Das arbeitende Volk Deutschlands wollte stets Frieden und Recht und will dies noch jetzt; darin weiß Deutschland sich eins mit der ganzen Menschheit. Ueberall ersehnen die besten Geister einen Frieden des Rechtes. Wird diese Sehnsucht enttäuscht, so ist der Gedanke des Rechts auf ein Menschenalter hinaus vernichtet und eine auf Sittlichkeit beruhende Weltordnung unmöglich.

Der neue Friede muß ein Rechtsfriede sein,

muß deshalb auf die feierlichen Vereinbarungen zurückgehen, welche im Notenwechsel vom 8. Oktober bis 5. November 1918 nie-

derlegt sind. Gerechtigkeit und die freie Zustimmung aller Vertragsparteien werden die stärksten, ja im Laufe der Zeit einzigen Bürgschaften des abzuschließenden Vertrages sein. Im Begriffe, ein neues auf Freiheit und Arbeit beruhendes Gemeinwesen zu begründen, wendet sich das deutsche Volk an seine bisherigen Gegner; es verlangt im Interesse aller Völker und Menschen einen Frieden, dem es nach innerer Ueberzeugung seines Gewissens seine Zustimmung zu geben vermag.

• • •

Für unsere Kriegsgefangenen.

Brockdorff-Rantzau an Clemenceau.

Versailles, 30. Mai. Gestern ist Clemenceau eine Note über die Kriegsgefangenen überreicht worden, in der ausgeführt wird:

Die deutsche Friedensdelegation hat aus der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 20. d. M. mit Befriedigung entnommen, daß die alliierten und assoziierten Mächte bei der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Friedensvertrages und ihrer Heimbeförderung vollauf deren Gefühlen und Bedürfnissen Rechnung tragen wollen. Gleichwohl hält es die deutsche Friedensdelegation für ihre Pflicht, zu den Ausführungen in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 20. d. M. folgende Bemerkungen zu machen:

1. Die Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte, durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, ist auf das tiefste zu bedauern. Wenn die deutsche Note vom 10. d. M. davon abgesehen hat, bestimmte Anregungen in dieser Richtung zu geben, so geschah dies mit Rücksicht auf den darin enthaltenen Vorschlag, unverzüglich eine Kommission zur Prüfung der den Kriegs- und Zivilgefangenen zu gewährenden Erleichterungen zu ernennen. Diese Kommission,

deren Einsetzung leider an der Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte gescheitert ist,

hätte u. a. den Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien, der den einzigen seelischen Trost in ihrem Unglück bildet, erleichtern sollen. Tatsächlich erhalten die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Europa ihre Post mit einer Verspätung von mindestens 4 bis 5 Wochen, abgesehen von den zahlreichen Fällen, wo die Post beraubt eintrifft oder überhaupt verloren geht. Weiterhin wäre es ganz allgemein die Aufgabe der vorgeschlagenen Kommission gewesen, Mittel und Wege zu finden, um durch höhere Entlohnung, bessere Unterbringung und Kost, erweiterte Bewegungsfreiheit, Gewährleistung der Sonntagsruhe usw. die Lage der Kriegs- und Zivilgefangenen in jeder Hinsicht zu heben und diese so vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

2. Die alliierten und assoziierten Mächte lehnen in ihrer Note vom 20. d. Mts. die Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen ab, die sich Verbrechen oder Vergehen haben zu Schulden kommen lassen. Deutschland hat seinerzeit die

unterschiedslose Freigabe aller Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte zugestanden,

es muß nun auch auf seinem Anspruch bestehen, daß seinen Angehörigen gegenüber in gleicher Weise verfahren wird. Unter den heimbeförderten Angehörigen einer einzigen der alliierten und assoziierten Mächte befanden sich 7 Personen, die sich

während der Gefangenschaft der Tötung von Menschen schuldig gemacht haben,

155 der gleichen Nation Angehörige waren wegen Sittlichkeitsverbrechen, insbesondere Notzucht und Kinderschändung, verurteilt. Einer der schwersten Fälle ist der des Soldaten Vuilleques, Emile, 35. französisches Infanterie-Regiment, der eine alte deutsche Bäuerin in bestialischer Weise mit Axthieben erschlagen hat.

Die deutsche Friedensdelegation würde es für ungerecht halten, eine

gesamte Nation für die Verbrechen einzelner verantwortlich zu machen.

Sie kann darum auch nicht zugeben, daß der in der Note vom 20. d. M. erwähnte, von einem einzelnen begangene verabscheuenswürdige Doppelmord als Begründung dafür dienen darf, den deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen die Vorteile vorzuenthalten, die den Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte ohne Vorbehalt zugestanden worden sind. Die deutsche Friedensdelegation muß um so mehr auf ihrem Standpunkt beharren, als der deutschen Regierung aus den ihr vertragsmäßig von der französischen Regierung übergebenen Statistiken bekannt ist, daß deutsche Kriegsgefangene in Frankreich wegen geringer Vergehen gegen die Disziplin gerichtlich zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

3. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note vom 20. d. M. erklärt, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits. Die deutsche Friedensdelegation muß diese einseitige Behauptung, die eine Grundlage für die objektive Feststellung der Wahrheit nicht bilden kann, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen.

Sie würde die Einsetzung einer unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch die zahlreichen Beweise unmenschlicher Behandlung vorlegen könnte, die deutsche Kriegsgefangene in Feindesland, namentlich in einzelnen Teilen Nord-Afrikas, in gewissen Lagern, Strafgefängnissen und Lazaretten in Europa sowie in der Armeezone erdulden mußten und zum Teil noch erdulden müssen. In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte auf das in Abschrift beigefügte, an das internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 15. Februar 1919 hin. In diesem Schreiben erheben französische Arbeiterinnen als Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimmen gegen den Anblick grausamer Behandlung deutscher Gefangener im Departement Seine-Inférieure.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. **Brockdorff-Rantzau.**

Das Schreiben der französischen Arbeiterinnen.

St. Etienne du Rouvray, den 15. Februar 1919.

Mein Herr!

Entschuldigen Sie, wenn wir Frauen von Einberufenen uns erlauben, Ihnen zu schreiben. Wir möchten Ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielt:

Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt, sie werden

wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt.

Das bricht uns Müttern der Einberufenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, könnten wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie ausgehungerte Tiere. Die französischen Wächter behandeln sie roh, nur wegen eines Bissens Brot. Wir hoffen, mein Herr, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden, um ihr Los zu verbessern. Wir haben deswegen schon an verschiedene Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg.

Wir begrüßen Sie: Eine Gruppe Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen (Seine-Inférieure).

Die Zukunft der kommunalen Arbeiterräte.

Die Groß-Berliner Arbeiterräte verhandelten in ihrer gestrigen Vollversammlung über die Frage des Weiterbestandes der kommunalen Arbeiterräte.

In einem Referat über „Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte" schilderte Kubig (U. Soz.), wie in den Tagen der Revolution die Einsetzung der kommunalen Arbeiterräte sich ganz von selbst vollzog und wie sie bei der beginnenden Demobilmachung geradezu die Rettung aus dem allgemeinen Durcheinander brachten. Dank ihrem entschlossenen Eingreifen seien Ruhe und Ordnung gesichert worden, was auch viele Magistrate und Gemeindevorstände lobend anerkannt haben. Das müsse besonders jetzt betont werden, wo man eifrigst am Werke sei, den kommunalen Arbeiterräten das Lebenslicht auszublasen. Sie würden aber beweisen, daß sie noch lebensfähig sind und nicht von der Bildfläche verschwinden wollen. Nachdem viele Gemeindevertretungen infolge der Neuzusammensetzung eine sozialistische Mehrheit erhalten haben, sei in diesen Gemeinden bei den Mitgliedern der S. P. D. zunächst die Meinung entstanden, daß man nun keine kommunalen Arbeiterräte mehr brauche. Später seien sie von dieser Auffassung abgekommen und hätten sich dafür ausgesprochen, daß die kommunalen Arbeiterräte bleiben sollen, bis sich die Neugestaltung der Gemeindeverwaltung auch auf die Magistrate und Gemeindevorstände erstrecken wird. Ein Sturmlauf gegen die kommunalen Arbeiterräte werde versucht von den Bürgerräten, die sich gestärkt fühlen durch die Haltung des Ministers Heine. Aus demselben Grunde sei von vielen Gemeinden einfach die weitere Finanzierung der kommunalen Arbeiterräte verweigert worden. Der Referent forderte, daß die kommunalen Arbeiterräte niegends verschwinden, auch nicht da, wo in der Gemeindeverwaltung eine sozialistische Mehrheit die Herrschaft hat. Die Funktion der kommunalen Arbeiterräte sei ja eine ganz andere als die der Gemeindevertretungen. Die Macht der kommunalen Arbeiterräte wie der Arbeiterräte überhaupt müsse so gestaltet werden, daß keine Interpretation sie erschüttern könne. Nicht Abbau, sondern Ausbau sei nötig. Nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Verwaltung kommen ihnen zu, wie der Rätegedanke es erfordert.

Als Vertreter des Zentralrats erklärte Grzesinski (S. P. D.): Wir müssen streng unterscheiden zwischen den wirtschaftlichen Aufgaben und den politischen. Der Zentralrat ist der Auffassung, daß der Einfluß der Arbeiterschaft auf den Gang der Produktion nicht weit genug gehen kann. Bezüglich der politischen Betätigung ist der Zentralrat der Meinung, daß es sich da um eine rein politische Zweckmäßigkeitsfrage handelt. Wer allerdings auf dem Standpunkt steht, daß alle Macht den Arbeiterräten gehört, der muß konsequenterweise auch die politischen Arbeiterräte erhalten wollen. In den Gemeinden ist es dringend erforderlich, die Verwaltung zu demokratisieren, personell und sachlich, und zwar möglichst schnell. Der Zentralrat hält es für nötig, daß die kommunalen Arbeiterräte, solange die Verwaltungsreform nicht durchgeführt ist, bestehen bleiben müssen. Solange sie aber bestehen, müssen auch die Mittel für sie bewilligt werden. Sozialdemokraten im Magistrat werden freilich viel weitergehende Befugnisse haben als der Arbeiterrat.

Ein Vertreter der Regierung erklärte, für die Stellungnahme des Ministers des Innern zu den kommunalen Arbeiterräten sei maßgebend gewesen die Rücksicht auf die Selbstverwaltung und die Erwägung, daß eine gesetzliche Pflicht der Gemeinden zur Kostentragung nicht besteht. Verschiedene kommunale Arbeiterräte haben nach der Neuzusammensetzung der Gemeindevertretungen sich aufgelöst, weil sie selber das Recht zur Kontrolle nun nicht mehr zu haben glaubten.

Eingegangen war ein Antrag der Kommunisten, die Vollversammlung solle beschließen: „Die kommunalen Arbeiterräte haben in Verbindung mit den Betriebsräten und den Betriebsorganisationen, denen allerdings das Hauptgewicht zufällt, ihren Teil mit dazu beizutragen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu zertrümmern und die Voraussetzung für die Errichtung der Räterepublik mit freien Kommunen zu schaffen. Die kommunalen Arbeiterräte werden auch im heute noch kapitalistischen Deutschland revolutionierend tätig sein müssen; denn die politischen und wirtschaftlichen Forderungen ihrer Wähler machen aus ihnen revolutionäre Körperschaften. Die Kopf- und Handarbeiter werden die mannigfaltigsten Forderungen, die ihre wirtschaftliche und politische Lage betreffen, durch den kommunalen Arbeiterrat stellen. Sie werden Unterstützung für das Durchdrücken solcher Forderungen verlangen. Die Vollversammlung betont ausdrücklich: Die kommunalen Arbeiterräte müssen jetzt schon, gleich den Betriebsräten und den Betriebsorganisationen, zu Waffen für das revolutionäre kämpfende Proletariat werden."

Es folgte dann eine ausgedehnte Diskussion, in der es oft zu stürmischen Unterbrechungen seitens der Kommunisten kam. Ihr Wortführer Herfurth warf die Frage auf: Was müssen wir tun, um die Finanzierung der kommunalen Arbeiterräte durchzusetzen? Geradezu kläglich ist der Vorschlag des Referenten, noch mit der Regierung darüber zu verhandeln. Jedes Verhandeln mit ihr ist Verrat an der Arbeiterklasse. Jetzt wenden wir mal unser revolutionäres Recht an. Nicht wir bestehen von der Gnade der Stadtparlamente, sondern sie bestehen von Räte Gnaden auf Grund einer Verordnung, die von der Räteorganisation erlassen wurde. Alle schönen Beschlüsse werden überflüssig sein; denn wir stehen fünf Minuten vor der Entscheidung. Wenn die Auflösung der kommunalen Arbeiterräte kommt, werden wir dem Proletariat sagen müssen: Wehrt euch! Und dann werden kommunale Arbeiterräte gewählt werden ohne Paragraphen. Wenn wir das Proletariat zum Siege geführt haben, brauchen wir uns über die Frage der kommunalen Arbeiterräte nicht mehr zu unterhalten. Dann haben wir die Räteherrschaft.

Für die S. P. D.-Fraktion erklärte Frehmann: Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die kommunalen Arbeiterräte so lange bestehen sollen, bis nach den Prinzipien des Erfurter Programms die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in Provinz und Gemeinde durchgeführt ist. Daran hält sie fest, und sie ist bereit, mit dem Ministerium in Verbindung zu treten, um eine möglichste Klärung in diesem Sinne herbeizuführen. Hierzu will sie mit anderen Fraktionen Hand in Hand arbeiten. Zu dem Antrag der Kommunisten hat sie Stimmenthaltung beschlossen.

Pfeiffer (U. Soz.) hält für sehr nötig, daß auch die sozialistischen Gemeindeverwaltungen noch durch Arbeiterräte kontrolliert werden. Im übrigen habe ja die Gemeindevertretung nur die Legislative, der Arbeiterrat aber müsse die Exekutive haben. Einstein (U. Soz.) erklärte: Wir pfeifen auf die Kontrolle — die politische Macht wollen wir.

Gegen den Zentralrat wurden von verschiedenen Diskussionsrednern heftige Angriffe gerichtet, auf die Grzesinski zum Schluß kurz erwiderte.

In der Abstimmung wurde der oben mitgeteilte Antrag der Kommunisten einstimmig (bei Stimmenthaltung der S. P. D.-Fraktion) angenommen. Ein anderer Antrag der Kommunisten, die Vollversammlung solle die Mieter auffordern, vom 1. Juni ab die Miete schuldig zu bleiben, bis die Finanzierung der kommunalen Arbeiterräte sichergestellt sei, wurde zurückgezogen. Ein Antrag, der zur Abwehr der Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte die auf dem Boden des Rätesystems stehenden Abgeordneten aufforderte, aus den kommunalen Körperschaften sowie aus der Landesversammlung und der Nationalversammlung auszutreten, wurde gegen wenige Stimmen (bei Stimmenthaltungen) angenommen. Ein Antrag, den Zentralrat zu ersuchen, sich dahin auszusprechen, daß die kommunalen Arbeiterräte außer dem Einspruchsrecht gegen Anordnungen des Gemeindevorstandes auch Sitz und Stimme in der Gemeindevertretung bzw. im Gemeindevorstand haben sollen, wurde abgelehnt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung mußten wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

•

Die Gemeindevertretung Nikolassee hatte letzthin gefordert, daß der Arbeiterrat die Stunden nachweisen solle, die er ersetzt haben wolle. Darauf ist der Arbeiterrat nicht eingegangen. Jetzt hat die Vertretung ihm das Kontrollrecht abgesprochen.

Parteinachrichten.

Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands

tagte am Himmelfahrtstage in Berlin. Vertreten waren Ost- und Westpreußen, Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, Hessen, Rheinprovinz, Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg und Thüringen, außerdem der Hauptvorstand.

Es handelte sich hauptsächlich um eine Klärung der im Hauptvorstande und unter den Berliner Kollegen aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über die organisatorische Selbständigkeit der Arbeitsgemeinschaft oder ihren Anschluß an die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, die alle drei Richtungen des Sozialismus umfaßt. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Genosse Heinrich Schulz, gab einen Ueberblick über die bisherigen Beratungen in dieser Frage. An der sehr eingehenden Aussprache beteiligten sich fast sämtliche Mitglieder des Hauptausschusses. Es wurde folgende Antrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen:

„Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen erklärt es für eine Pflicht der in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisierten Lehrer und Lehrerinnen, der Arbeitsgemeinschaft als tätige Mitglieder anzugehören, sofern sie auf Grund berufsmäßiger Eignung und persönlicher Neigung gewillt sind, die Partei bei der Durchführung ihrer Arbeiten, besonders der Schulpolitik und der Bildungs- und Schulbewegung, zu unterstützen.

Die Arbeitsgemeinschaft ist als Glied der Gesamtorganisation der Sozialdemokratischen Partei an deren Satzungen und Beschlüsse gebunden und kann sich daher weder als Ganzes noch im einzelnen ihrer Orts- und Bezirksgruppen Beschlüssen von Vereinigungen unterwerfen, die aus Mitgliedern verschiedener sozialistischer Parteien gebildet sind.

Der Hauptausschuß fordert die parteigenössischen Kollegen und Kolleginnen auf, unverzüglich an die Bildung von Orts- und Bezirksgruppen heranzugehen und eine rege Tätigkeit im Sinne der Ziele der Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen."

Da infolge der Meinungsverschiedenheiten einige der Berliner Mitglieder des Hauptvorstandes ausgeschieden waren, wählte der Hauptausschuß die von der neugegründeten Berliner Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagenen Genossen Thaus, Meyer und Dr. Cawerau in den Hauptvorstand. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Mittel zur Entfaltung einer wirkungsvollen Werbearbeit sowie die Entwürfe von Satzungen für Orts- und Bezirksgruppen wurden gutgeheißen. Sodann nahm der Hauptausschuß noch die folgende Entschließung an:

„Der Hauptausschuß erklärt: In der Ortsschulinspektion sieht die Lehrerschaft eine der vielen Fesseln, mit denen die Schule an die Kirche gebunden ist und in ihrer selbständigen Entwicklung aufs schwerste gehindert wird. Die Lehrerschaft empfindet diese Fessel als besonders unerträglich, weil sie durch den Ortsgeistlichen persönlich in die Erscheinung tritt und von jeher in unzähligen Fällen zur Unterdrückung der freien Lehrertätigkeit geführt hat. Der Hauptausschuß hält deshalb die Abschaffung der Ortsschulinspektionen, wie sie das in Preußen eingebrachte Gesetz vorsieht, für eine Selbstverständlichkeit; zu irgendwelcher Dankesbezeugung an die Einrichtung selber oder an die bisherigen Ortsschulinspektoren liegt für die sozialdemokratischen Lehrer kein Grund vor."

Industrie und Handel.

Anleihe der Höchster Farbwerke.

Frankfurt a. M., 30. Mai. Von der mit einem Gesamtbetrage von 30 Millionen Mark bereits angekündigten Anleihe der Höchster Farbwerke, die zu 4½ Proz. und al pari rückzahlbar ist, werden 16 Millionen Mark in die Verwaltungskreise übernommen, die vom Verkauf ausgeschlossen sind. Die restlichen 14 Millionen werden von einer aus der hiesigen Bankfirma Hauck u. Söhne und J. A. Weiller u. Söhne, ferner aus der Deutschen Bank und dem Bleichröderschen Bankhause bestehenden Gruppe übernommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Heute Mitgliederversammlung. Siehe Inserat. Erscheint zahlreich.

„Der Wiederaufbau Deutschlands". Montag, 7 Uhr, im „Blumengarten", Oberschöneweide. Max Cohen und Walter Sturm. — **Oeffentliche Wiederversammlung** in Lichtenberg heute abend 7½ Uhr, Kais. Prinz-Alberstr. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 11 Uhr, Klosterkirche, Klosterstr. 73 a. Vortrag der Frau M. Kirsche: Vom wahren Spiegel des Weltkrieges (Frank, Barbusse, Lenzko.). Gäste willkommen. — **Freie Turnerschaft Lichtenberg.** Sonntag nachm. 4 Uhr in Schoenerts Restaurant „Neuseeland", Stralau: Sommerfest. Konzert, Berliner Ulk-Trio, artistische und turnerische Aufführungen sämtlicher Abteilungen. Eintritt 1 M., Vorverkauf 0,75 M. — **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".** Berlin, 2. Abteilung. Sonntag, morgens 6 Uhr: Ausfahrt nach Wensickendorf—Liebenwalde (Restaurant „zur Stadt Liebenwalde"). Nachm. 1 Uhr: Schildow—Mönchsmühle (Rest. „zur Klostermühle"). Radfahrer: Straßenbahn bis Nordend, dann Fußtour. Gäste stets willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Morgen Sonntag Spielen im Freien, Treffpunkt 4 Uhr, Jugendheim Parkaue 10. Nachdem Zusammenkunft im Jugendheim.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Freiumschlag und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

M. B. 123. In jedem besseren Hotel und vielleicht auch Stadtbibliothek Zimmerstraße. — **M. R. 11.** Rat der Arbeitslosen, Klosterstraße 92. — **M. R. 15.** Nicht bekannt. — **A. Z. 101.** Eine solche Stelle ist uns nicht bekannt. — **H. N.** Besorgen Sie ein ärztliches Attest und wenden Sie sich dann an die Eisenbahndirektion Berlin. — **A. 786.** Das Jugendsekretariat, Berlin, Bellevuestr. 7, gibt gewiß gern Auskunft. — **F. Z. 14.** Nicht bekannt. — **Blechschmidt 1000.** Ist noch nicht möglich. — **G. B. 38.** 1. und 3. Halten wir für unzulässig. Richten Sie eine Beschwerde an die Regierung. 2. Das Züchtigungsrecht ist noch nicht beseitigt. — **R. S. 29.** Für die ersten 14 Tage kann die Differenz zwischen dem Lohn und dem Krankengeld gefordert werden. — **F. B. 201.** 1. Ja. 2. Ja, soweit die Lebensmittel nach der Verlobung gesandt sind. 3. Nein. 4. Ja. Sie würden jedoch Anspruch auf Herausgabe der Sachen haben. 5. Der Vater. — **B. L. 777.** 1. Die Gemeinde Tempelhof. Falls die Unterstützung schon vor dem Dezember 1918 begonnen hat, ist Hamburg ersatzpflichtig. 2. Ja. — **C. B. 13.** Unternehmer dürfen Ihren Bruder nicht beschäftigen. Eine Ausweisung kommt aber nicht in Frage. — **C. K. 26.** Nur bei Einkommen bis zu 300 M. — **Ho. 100.** Lang andauernde Trennung ist kein Scheidungsgrund. — **A. K. 999.** Setzen Sie sich mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung. — **J. 100.** Die Angelegenheit wegen des Mietes teilen Sie dem Reichsernährungsminister, die Angelegenheit wegen des Bildes dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit. — **P. 15.** 1. Ja. 2. Zentrale für Erwerbslosenfürsorge, Breite Straße 36. — **B. 29.** Militärrente. Beschwerde beim Generalkommando über die Verzögerung. — **K. B. S. 24.** Sie hatten Anspruch auf Wiedereinstellung. Sie mußten sich aber innerhalb 14 Tagen nach ihrer Entlassung vom Militär melden. — **N. 17.** 1. Nein. 2. Arbeiterrat. — **N. K. 100.** Fragen Sie beim Stadtverordnetenbureau im Neuen Rathaus an. —

Sterne, die wieder leuchten!

Dienstag, 3. Juni 1919 zum **200.** Male im Berliner Theater 709

Opernhaus
Der Wildschütz.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Coriolan.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: **Penthesilea.**

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: Letzte Aufführung. **Wie es euch gefällt.**
Sonntag 7½ Uhr u. Montag 8 Uhr: Max Pallenberg in **Familie Schimek.**

Kammerspiele.
7½ Uhr: Letzte Aufführung: **Der Star.**
Sonntag u. Montag 7½ Uhr: Leopoldine Konstantin in **Die Tänzerin.**
Dienstag z. 1. M.: **Eifersucht.**

Kleines Schauspielhaus
7½: Die Büchse der Pandora.
Stg. 7½: Büchse der Pandora.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
½8: Stützen der Gesellschaft.
Stg. nchm.: Fünf Frankfurter.
Abds.: Stützen d. Gesellschaft.
Montag: Der Biberpelz.
(Frau Wolff: Else Lehmann.)

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
8 Uhr: **Der Vater.**
(Ludw. Hartau, Maria Orska.)
Sonntag: Der Vater.
(Ludw. Hartau, Maria Orska.)
Montag: Erdgeist.
(Lulu: Maria Orska).

Berliner Theater
½8 Uhr **Sterne,**
die wieder leuchten.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927,2341
Nachm. ¼4 Uhr kleine Preise: **Aschenbrödel.**
Tägl. 8 U. Heute z. 267. Male:
Der gute Ruf.
Schauspiel von Sudermann.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann
Regie: Alfred Rotter.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
4½ U. Gartenbühne: Konzert, Vorstellung, Spezialitäten.
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**

Luisen-Theater.
Sonnabend 3: Hänsel u. Gretel
7½ Uhr: **Jugend.**
2. Juni: Die lichtscheue Dame.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr
Die Berliner Posse
Der selige Hollichinski.
Dazu erstklassige Spezialitäten.
Sonntag 3½: Du ahnst es nicht.

Theater a. Kottbuser Tor
(fr. Sanssouci Kottb. Str. 6)
Abends 7½, u. Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Elite Sänger
9 ehemal. Mitglied. d.
Stettiner Sänger

Blüthgen-Konzert.
Beginn 7 Uhr.
Vorverkauf 11—1 Uhr
Sonnt. nachm. ermäß. Pr.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Der vollständige humoristische
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags Nm. 7 Uhr
Die neuen Ballette
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue

Admirals-Kino.
Ihr Sport
Henny Porten.
D. Herrenschneiderin.

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:

Stettiner Sänger
Otto Reutter
u. m.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
Letzte Vorstellung vor den Ferien: 7½ Uhr: **Liebe.**
Sonntag: Beginn d. Sommerspielzeit. Gastspiel Guido Thielscher: Charleys Tante.
Montag: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater
7½ U.: Das Schloß am Wannsee.
Sonntag: Beginn der Sommerspielzeit. Zum 1. Male: Die Rutschbahn.
Montag: Die Rutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Carmen.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Kümmelblättchen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus
7 Uhr: Z. 1. M. **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Die G'schamige.**
Die Frau ohne Beruf.
Haupttreffer 33. D. Einbrecher.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **König Krause.**

Thalia-Theater
7¼ U.: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: Rigoletto.
7 Uhr: **Die Puppe.**

Theater des Westens
8 U.: **Wo die Liebe hinfällt.**
Ab Sonntag: Die Geisha.

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **Meyers.**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Geisha.**

National-Theater. 7½
Die Kinopuppe

Circus
Busch
Heute 7½ U.: Circ.-Progr., Tänze
Ein Fest n. d. Stiergefecht.
8½ präzise:
Ringer-Wettstreit
Burgadanoff = Stoll
Hansen-Esch = Strenge
Entscheidungskampf:
Hintze = Pawlowicz.

4—6
Freikonzert
Wiener
Praterleben
im Clou
Mauerstr. 82.

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Suche Piano.
Asser, Flensburger Str. 1.
Moabit 7310.

Im Hansaviertel
habe ich ein schönes, modernes Eckhaus mit allem Komfort, 4- bis 7-Zimmerwohnungen, bei einem Mieteingang von zirka M. 36000 billigen Mieten für
M. 590000
zu verkaufen.
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit: Hans Sternberg.
Ab Sonntag, den 1. Juni 1919:
Gastspiel Guido Thielscher
Charleys Tante

APOLLO-THEATER
Dir.: James Klein, Friedrichstraße 218.
7½ Ab 1. Juni Gastspiel 7½
Anton Herrnfeld
mit seiner aus 28 Personen bestehenden Gesellschaft in der dreiaktigen Burleske
Wer ist der Vater? In den Hauptrollen Dir. Anton Herrnfeld, Ferd. Grünecker.
Vorher erstklass. Spezialitäten. Rauchen gestattet!
Heute letzter Tag! FERDINAND BONN u. 10 Varieté-Attrakt. !
Sonntag 3½ Uhr jeder Erwachsene 1 Kind frei!

„Zum Patzenhofer"
(früher: Berliner Bockbrauerei)
Berlin SW., Fidicinstr. 2—3.
Sonntag: Eröffnung.
Konzert, Vorstellung, Tanz.
Säle für 3000 Personen zu Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags zu vergeben. 1136L*
Reinhold Benedix.

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstr. 63a.
Willi Horwitz, Laurenz u. Partner, **Robert Nesemann** | Erwin Suttner, Elfriede Söderström, **Martin Brauer**
Kapelle Gustav Gottschalk
Gute Küche — Gute Weine.
Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

Reederei Kahnt & Hertzer Fernspr. Rd. 2062.
Dampfer-Extrafahrten ab **Waisenbrücke.**
Bis auf weiteres jeden Sonn- und Festtag: 8 Uhr: **Teupitz** (Tornows Idyll) 8½ und 9 Uhr: **Krampenburg.** 739

6
ungemein interessante Bände
Kriminal-Prozesse
von kulturhistorischer Bedeutung
nach eigenen Erlebnissen von Hugo Friedländer, Gerichtsberichterstatter.
Eingeleitet von Justizrat Dr. E. Sello, Berlin.

1. Band: Ein Raub im Eisenbahnkupee. Der Kwilecki-prozeß. Der Hannoversche Spielerprozeß. Der Raubmörder Hennig. Der Knabenmord in Xanten. Die Geheimnisse eines Klosters. Der Hauptmann von Cöpenick. Die Ermordung des Rittmeisters von Krosigk. Das Spiritistenmedium Anna Rothe.
2. Band: Der Hau-Prozeß. Der Mordprozeß Gönczy. Der Mordprozeß Hüssener. Der Roman zweier Musikschülerinnen. Der Räuberhauptmann Kneißl. Der Sittlichkeitsverbrecher Prozeß Sternberg.
3. Band: Der Tarnowska-Prozeß. Die Ermordung des Gymnasiasten Winter in Konitz. Der Prozeß gegen Liebknecht und Bebel. Das Dynamit-Attentat auf dem Niederwald.
4. Band: Der Lustmord Lucie Berlin (ein Beitrag zum Berliner Dirnen- und Zuhälterwesen). Die Hölle von Mieltschin. Ein Landgerichtsrat auf der Anklagebank.
5. Band: Ein verbrecherischer Arzt: Dr. Braunstein. Der Oldenburgische Spielerprozeß. Justizirrtümer. Der Duellprozeß Bennigsen.
6. Band: Der Mordprozeß Knitelius (ein schauriges Bild aus dem Berliner Verbrechertum). Der Prozeß Höcklin-Muther. Ein Dompropst vor Gericht. Der Skandalprozeß Wolff-Metternich (ein Sittenbild aus Berliner Lebekreisen).

Preis jedes Bandes 4 M. und Porto 25 Pf.
Preis aller 6 Bände 24 M. und Porto 75 Pf.
gegen Voreinsendung oder Nachnahme (bei Nachn. 35 Pf. Sondergebühr) durch
Berliner Buchversand Abt. V
Bln.-Grunewald, Franzensbader Str. 3.

Juwelen, Perlen
Margraf & Co. G.m.b.H
Kanonierstr. 6 - Berlin - Tauentzienstr. 18a
Auch Ankauf

Flechten, Wunden, offene Füße, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe"**. Preis 2.00 und 3.75 M., erhältlich in der Elefanten-, Kronen-, Victoria- und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 51.

Ja, was machst Du denn da oben?
Ich verpacke meine alten Sorgen! Seitdem ich die Firma B. Feder und die Vorzüge des dort angewandten Kreditsystems kenne, ist meine Besorgnis um Anschaffung der unbedingt nötig. Bekleidungsgegenstände für meine Frau u. mich geschwunden.
Auf bequeme Teilzahlung
zu erleichterten Zahlungsbedingungen
Vornehme Damen-Bekleidung
Kostüme in farbigen Stoffen und in Taffet, Jackenkleider, hell u. farbig, Strickjacken, Mäntel u. Mantelkleider in jeder Grösse, Seid. Blusen, Waschblusen, Kostümröcke
Herren-Anzüge in den neuesten Formen.
Grösste Auswahl! | Billigste Preise! | Beste Bedienung!
Norden: Brunnen-Strasse 1 | Süden: Kottbus. Damm 103
Osten: Frankfrt. Allee 350 | Westen: Charl., Scharrenst. 5
B. FEDER

Homburger
ELISABETH-BRUNNEN
Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, in welcher Weise sich die natürlichen Vorgänge Ihres Körpers regeln, durch welche Unterlassungssünden alle möglichen Krankheiten hervorgerufen werden? Lesen Sie die neue Gratis-Broschüre der Brunnen-Verwaltung Bad Homburg mit zahlreichen Gutachten ärztlicher Autoritäten; sie wird Ihnen manchen beherzigenswerten Wink geben.
1845

Rote Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10. Juni 1919.
17851 Geldgewinne = 600 000 M.
Hauptgewinn 100000 M. bar.
Lose nur 3.50 M. Porto und Liste 50 Pf. mehr. Versenden gegen Nachnahme oder Voreinsendung.
Emil Haase & Co., Berlin 21, Bredowstr. 9.
Eigene Berliner Filialen: Königstr. 55 und 57, Wallstr. 1, Rosenthaler Str. 71, Müllerstr. 3b.
Zigarren, Zigaretten, Rauchtabake, Kautabake.

Wir liefern
Metall-Guß
in allen Legierungen
Metall-Armaturen
in all. Ausführung.
Auch kann jede Spezialfabrikation für größ. Verbraucher eingerichtet werden.

F. Groh, Inh. Groh & Gelbert
Berlin SO 36, Skalitzer Straße 44
Metallgießerei. 6664? Armaturenfabrik.

Ziehung 4.—10. Juni
Rote Kreuz Geld-Lotterie
17851 Geldgewinne Mk
Hauptgewinne M.
600000
100000
50000
30000
Lose zum Plan-Preise von 3,30 M.
Postgeb. u. Liste 45 Pf.
H. C. Kröger,
Berlin W 8, Friedrichstr. 92/93.

Hartspiritus
in Büchsen von 150/1100 Gr. in jetziger Zeit wegen der Gaskalamität sehr praktisch für Säuglingspflege u. dergl. offeriert preiswert. 1812
Ferner
ungarisches Reisstroh, zugerichtetes Beerenmoos als Ersatz für Reiswurzel etc., und stehen Muster zu Dienst. Anfragen erbeten
Leopold Rosenbaum, Nürnberg.

Nahe Savignyplatz und Kurfürstendamm
habe ich in sehr vornehmer Wohnlage ein **hochherrschaftliches Eckhaus,** selten schön gebaut, mit allem erdenklichen Komfort, 7-, 8- und 10-Zimmerwohnungen, sehr billig vermietet, bei heutigem niedrigen Mieteingang von M. 73000 für
M. 675000.—
vom Erbauer selbst zu verkaufen.
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Selbständigkeit
für
Kriegsbeschädigte
mit etwas Kapital.
Wir richten **Wasch-Anstalten** mit und ohne Dampfkessel für Hand- und elektrischen Betrieb ein. Möglichste Zahlungserleichterungen. 778*
Forster Wäscherei-maschinenfabrik,
Rumsch & Hammer, Forst, Lausitz 1.

Stoffe
für
Damen-Kostüme
Meter 20.-, 30.-, 40.-, 50.-
Herren-Anzüge
Meter 50.-, 60.-, 70.-, 80.-
Tuchlager Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Gertraudtenstr. 20 21
Verkaufszeit v. 8—2 Uhr.

Gartenlandparzellen,
neu erschlossen,
in guter Kultur, zur Selbstbewirtschaftung und zur sicheren Kapitalsanlage sehr geeignet, in bequemer Lage am **Straßenbahnhof Nordend-Niederschönhausen,** verkaufe für den **ausnahmsweise billigen Preis von 60—75 M. die Quadratrute.** Auskunft auch Sonntags, zwischen 4—8 Uhr Schillerstr. an der Endhaltestelle der Linie 57, und Blankenfelderstr. 1 a. d. Endhaltestelle der Linie 47. **S. Joseph,** Amt Moabit 9675.

Gummibereifung
mehrere hundert Garnituren
gebrauchte Räder m. Bereifg., ebenso d. tausendfach erprobte Karbidlampe u. Karbid, jedes Quantum, greifbar zu haben.
Fahrradhaus Weberstraße 42
Genau a. Hausnumm. 42 acht.

Millionenartikel
von jedermann gebraucht, für jedes Geschäft, Reisende, Hausierer, geeignet, sehr leicht verkäuflich. Muster gegen 50 Pf. 379
M. Makofsky, Saalfeld a. S.

ZIGARREN
pro Mille von 650 Mark an
gibt in großen und kleineren Posten ab
Echter Schmalzer **Schnupftabak** Päckch. 35 Pfg.
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinkestraße 4-5.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß der Kollege Mitfahrer

Gustav Kabelitz,

Brauerei Pfefferberg, verstorben ist.

Ebenfalls der Kollege Flaschenfahrer

Ernst Weefstädt,

Schultheiß-Brauerei, Abteilung II. 43/11

Das Andenken der Verstorbenen werden wir stets in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein Berlin.

Nachruf.

Am 17. Mai verstarb unser Mitglied

August Pohl
Wasserthorstraße 3.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre seinem Andenken!
199/13 **Der Vorstand.**

284b **Danksagung.**

Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Fritz Karl für die trostvollen Worte und den Genossen vom Sozialdemokratischen Wahlverein Neukölln, 16. Bezirk, sowie der Kollegenschaft der Buchbinderei W. Büxenstein meinen herzlichen Dank. **Peter Flucke** nebst Sohn.
Neukölln, Fuldastraße 2.

Erbenaufgebot.

Die Erben der im November 1888 zu Luckenwalde verstorbenen Witwe **Amalie Hannemann,** geborene Fuhrmann, nämlich die hinterlassenen 5 Kinder derselben mit Namen Emma, Anna, Berta, Emilie und Elisabeth Hannemann, werden hiermit aufgefordert, sich beim unterzeichneten Testamentsvollstrecker zu melden, um einen größeren Erbteil aus dem Nachlasse des am 12. Januar 1919 zu Köln verstorbenen Postsekretärs Gottlob Fuhrmann in Empfang zu nehmen.

Köln am Rhein, Apostelnstr. 7.
Der Testamentsvollstrecker
Heuck
Notar und Justizrat. 11D

Bekanntmachung.

Für alle in den Ortschaften **Zerpenschleuse Gemeinde und Gut, Eichhorst Gemeinde, Ruhlsdorf, Sophienstädt, Prenden Gemeinde und Gut, Marienwerder, Biesenthal Gut, Berg, Kienitz, Groß-Schönebeck Gemeinde mit Ausbau, Gardig, Grafer, Sperlingsau, Sarnow, Groß-Schönebeck Forstbezirk, Klandorf, Böhmerheide, Pechteich Forstbezirk** beschäftigten oder wohnhaften versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten Personen sowie für die ebenda vorhandenen Arbeitgeber wird mit dem

2. Juni 1919

eine Zweigstelle unserer Kasse in

Zerpenschleuse

Kienitz, Berliner Str. 40a eröffnet.

Diese ist werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. 276/10

Berlin, den 24. Mai 1919.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Petzolt, Vorsitzender.

Bau- und Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz für 1918.

An Kassakonto . . .	368,02
„ Dresdner Bank .	72,25
„ Hauskonto . . .	19988,30
„ K.-B. Vorwärts-Unkostenkonto .	1190,12
„ Konto-Korr.-Kto.	87,98
	21641,73
Per Konto-Korr.-Kto. .	1340,52
„ Dividenden-Kto. .	627,—
„ Geschäftsguth.-Kt.	11610,—
„ Reservefonds-Kto.	8042,16
„ Hilfsfonds-Konto	370,16
„ K.-B. Vorwärts .	1000,—
„ Gewinn- u. Verlust-Konto . .	541,80
	21641,73

Gewinn- und Verlustrechnung.

An Dividenden-Konto .	420,—
„ Reservefonds-Kto. .	200,—
„ Hilfsreservef.-Kto. .	44,50
„ Zinsen-Konto . . .	98,67
„ Bilanz-Konto . . .	541,80
	1305,06
Per Vortrag	664,50
„ Unkosten-Konto .	640,56
	1305,06

Im Geschäftsjahre sind eingetreten 2 Genossen ausgeschied. 9

Insgesamt gehören der Genossenschaft 177 Genossen an. Das Geschäftsguthaben hat sich um M. 1170,— vermehrt. Die Haftsummen der Genossen haben sich um M. 100,— vermindert. Der Gesamtbetrag aller Haftsummen beläuft sich auf M. 13300,—. 107/2

Berlin-Wuhlheide, den 16. Februar 1919.

Bau- u. Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“ E. G. m. b. H.
August Diemert. Herm. Schmidt. Alfred Wolff.

Zentralstelle für Einigung d. Sozialdemokratie.

Heute Sonnabend, den 31. Mai, abends 6 Uhr, in der **Aula des Sophiengymnasiums, Weinmeisterstr. 15:**

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Preßkommission.
2. Sozialistenkongreß.

— **Mitgliedsbuch legitimiert!** —

282/X2 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Aerzte-Verein.

Die Sitzung am 2. Juni fällt aus. Dafür findet am **16. Juni** im **Zahnärztehaus, Bülowstr. 104,** Richterzimmer, eine **Sitzung für die Vereinsmitglieder** statt.

Tagesordnung: 282/9
1. **Geh. Prof. Dr. Blaschko:** „Ueber die Reform des medizinischen Studiums.“
2. **Dr. Silberstein:** „Ueber die Familienversicherung.“
3. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. A.: Kollwitz.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin

Handwerker der Gaswerke Berlins!

Sonnabend, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Königstädt. Lyzeums, Greifswalder Str. 25:

Allgem. Handwerkerversammlung

Tagesordnung:
Bericht über die Entscheidung des Gewerbegerichts in unserer Lohnfrage.

Der Saal ist ab 4½ Uhr geöffnet. Erscheinen aller Kollegen notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Pharus-Säle, Müllerstr. 142

Was bringt uns Versailles?

Drei Vorträge zum Frieden
Leiter: **Hermann Koch.**

I. Vortrag: Montag, den 2. Juni, 8 Uhr
Das neue Europa
Referent: **Hermann Wilke.**

II. Vortrag: Mittwoch, den 4. Juni, 8 Uhr
Deutschlands Friedenswirtschaft
Referent: **Rudolf Sternfeld-Steltkamp.**

III. Vortrag: Donnerstag, den 5. Juni, 8 Uhr
Pläne zum Völkerbund
Referent: **Dr. Ruthe.** 2928b*

Eintritt frei! Tellersammlung zur Deckung der Kosten.

Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer		Herrenzimmer	
bestehend aus:		bestehend aus:	
1 Büfett	Eiche	1 Bibliothek	Eiche
1 Kredenz	„	1 Schreibtisch	„
1 Ausziehtisch	„	1 runden Tisch	„
6 Stühlen	„	1 Schreibsessel	„
		2 Stühlen	„
zusammen M. **2850**		zusammen M. **2450**	

Schlafzimmer

bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 3teiligen Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter

zusammen M. **1875**

Ständig große Ausstellung

von ca. **300**

Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.

Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.

Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen :: einfacher, mittlerer und elegantester Art ::

Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei

M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Zähne von **3** M. an m. echt. **Friedens-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben,** Umarb. schlechtsitz. Gebisse u. Reparat. sofort. **Zahnziehen m. Betäubung.** Billige Preise ev. Teilzahlung. D. A. Löser jr., nur **Elsasser Str. 39,** nahe Friedrichstr. 9-7, Sonnt. 9-1

Zuckerkranke!

Zuckerreduktions-Tabletten
„Reglycol“ ohne Diät!

vermindert sofort den Zuckerabgang, vermindert alsbald die Kräfteabnahme, wie Anerkennungen und Versuche in allen Fällen einwandfrei bestätigen.
Fordern Sie sof. kostenlose Uebersendg. uns. Broschüre.
In all. Apoth. z. haben, wo noch nicht, z. beziehen durch:

Viktoria-Apoth.,	Friedrichstr. 19,	Moritzplatz 3382—85.
Schweizer	„	Friedrichstr. 173, Zentrum 7435, 7442.
Berolina	„	Prinzenstr. 86, Moritzplatz 598.
Humboldt	„	Potsdamer Str. 29, Lützow 1647.
Witte's	„	Potsdamer Str. 84a, Lützow 1305.
Minerva	„	Charlttbg., Bismarckstr. 81, Steinpl. 730.

„Regena“ Chemische Fabrik, Berlin S. 14. 180/6*

Die Wohnungsnot in Düsseldorf!

Warnung vor Zuzug!

Die Wohnungsnot in Düsseldorf hat einen derartigen Umfang angenommen, daß vor einem Zuzug nicht dringend genug gewarnt werden kann. Auch sind so viele tausende Arbeitslose — sowohl Kopf- als Handarbeiter — hier, daß nicht daran zu denken ist, daß ein von auswärts Zuziehender Arbeitsmöglichkeit und Wohnung findet; er wird nur Enttäuschung erleben. Infolgedessen wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, die dennoch hierher kommen, sich der Gefahr der Obdachlosigkeit aussetzen und durch die Stadtverwaltung keine Hilfe zu erhoffen haben.

Düsseldorf, den 27. Mai 1919. 186/5

Der Oberbürgermeister.

Duftige Kleider — Sonnenschein! Die..

Pfingstfreuden jeder Dame!

Kostüme viele Farben, flotte Formen
136.— 195.— 244.—

Garnierte Kleider entzückende Macharten
145.— 197.— 269.—

Imprägnierte Mäntel
165.— 198.— 267.—

Sportjacken u. Paletots aus guten praktisch. Stoffen **54.—** 85.— 98.—

Röcke fesche Form. **39.50** 62.— 94.—

Blusen Seide, Voile, Chiffon, Crêpe de Chine. Selten schöne Ausführung.
19.75 36.— 59.—

★ Oskar ★ Wollburg
BERLIN ✦ N. ✦
BRUNNENSTR. 56-57.

KREM TERAS zarter Teint über Nacht
Große Tube 3.00, klein Tube 2.00 M.

MUNDWASSER SINOSPRIT einige Tropfen genügen
Flasche 3.00 M.

MUNDWASSER-PULVER LEUKODONT z. Selbstbereiten
Schachtel 2.00 M.

MAX SCHWARZLOSE
BERLIN

Perserteppiche, Perserbrücken
kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen
Nagoschiner, Charlottenburg
Wallstr. 15. Wilhelm 7287. 1138 L

Erfrischungsgetränke

Konzentrierte Kunstlimonaden mit

Himbeer-, Zitronen-, Waldmeister-

Geschmack. Mit Wasser verdünnt, ergeben diese Extrakte eine herrliche süße Limonade.

Kein Zucker erforderlich

Liter 3,— Mark inklusive Steuer.

H. Krömer, Berlin N,
Oranienburger Str. 66. Tel. Nord. 9249.

Verkaufsstellen:

Andreastraße 78.	**Birkenstraße 26.**
Chausseestraße 76.	**Petersburger Str. 88.**

Potsdamer Straße 76.
Neukölln, Bergstraße 49.
Spandau, Brückenstraße 4.
Friedrichshagen, Friedrichstraße 105.
Nowawes, Lindenstraße 7.

Versand in Korbflaschen von 5, 10, 25 Litern

— Ziehung 26.–28. Juni 1919 —
Große Coburger
Geldlotterie
10833 Geldgew. bar ohne Abz. M

300000
100000
50000

Empfehle auch unter Nachn.
Lose à 3.60 M Porto u. Liste 35 Pf. extra.
Emil Stiller, Bankhaus,
Hamburg, Holzdamm 39
—Bitte recht baldige Bestellung—

Dr. Scotti
Haut- u. Harn-Arzt
Erfolgreiche Behandlung
in Heil-Anstalt Löser
Rosenthaler Straße 69—70
10—1, 5—8, Sonntags 10—1.

Wie ein Wunder
beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flecht., **Hautjuck., bes. Beinschad.,** Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50 7.80 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin SW 19, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Colemann,
Friedrichstr. 91-92, Ecke Dorotheenstr.
Sprechst. 10—1 und 4—7 Uhr.
Erfolgreiche Behandlung.

Möbel
Beiser,
Lothringer Straße 67
liefert gegen bar und Teilzahlung zu mäßigen Preisen
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl.

Flügel oder Piano
sucht von Privatleuten **Kleinfeld, Stralauer Str. 28.** Preisofferten erbeten.

Möbel-Gross

Große Frankfurter Str. 141
(5 Minuten vom Schles. Bhf.)
Invaliden-Str. 5 Eingang Ackerstraße (3 Min. v. Stett. Bhf.)

Kredit-Möbel
Stube u. Küche
für **500 Mark** Anzahlung
u. **kleinster Ratenzahlung**
Große Auswahl in
Wohn- und Schlafzimmern
:: bunten Küchen ::
auch **einzelner Möbel** jeder Art.
Kriegsteilnehmer und **Witwen** erhalten Preisermäßigung. — **Kriegsanleihe** und **Spareinlagen** nehme in Zahlung!
Liefere auch nach auswärts.

Spezialarzt Dr. med. Dammann
Berlin 107, Potsdamer Straße 123 B
behandelt (Sprechzeit 9—10, 3—4 Uhr)

Haut- und Harnleiden
nach besonderem naturgemäßem Heilverfahren.

Aufklärende Broschüre gratis in verschlossenem Brief gegen 25 Pf. in Briefmarken. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str 117 (a. d. Lützowstraße)
Haut- und Harnarzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½1—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Für ein neugegründetes Parteiblatt in **Emden** in Ostfriesland wird mit Antritt zum (ersten) 1. Juli d. J. ein

erster politischer Redakteur

gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, welche in der allgemeinen sowie in der Kommunalpolitik durchaus erfahren ist. 262/11*

Anstellung nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen an **Jul. Meyer,** Bezirksparteisekretär, **Rüstringen** (Oldbg.), Peterstr. 78.

Geschäftsführer gesucht.

Die **Verwaltungsstelle Stendal des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** sucht zum sofortigen Antritt für den **Bezirk Tangerhütte** einen 2. Geschäftsführer, der dort die Beitragskassierung mit übernehmen muß. Bedingung 5 Jahre Mitgliedschaft. Das Anfangsgehalt beträgt 4000 M. Bewerber müssen rednerisch und agitatorisch befähigt und mit den Verwaltungsarbeiten des Verbandes vertraut sein. Bewerbungsschreiben sind unter Angabe von Beruf, Alter, Familienverhältnissen, Referenzen und bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 9. Juni an den Geschäftsführer **W. Treumann, Stendal,** Altdorferstr. 22, zu richten. 128.5

Großes Unternehmen benötigt dringend

Schuster, Schreiner
bezw.
Stellmacher und Schneider

bei freier Kost und Unterkunft sowie M. 42.— Wochenlohn. Gefl. Angebote unter Nr. S. 23 an die Expedition d. Blattes.

Tüchtiger Glasmacher
für Messingeinfassung.

Ein tüchtiger Mann für Zuschneiden und Messingeinfassung erhält Stellung **als Werkmeister; Lohn 6000 Kr. pro Jahr.** Ohne die besten Referenzen ist es unnötig sich zu melden.

Finn Hansen, Fredensborgvn. 48b,
Kristiania (Norwegen). 46/4

Für den Vertrieb eines Verfahrens zur **Ersparung von Brennmaterial** in Zentralheizungs- und Warmwasserkesseln werden an allen großen Plätzen gewandte und repräsentable Herren als

Bezirks-Vertreter

gegen Provision gesucht.

Nur schriftliche Angebote mit Referenzen und kurzem Lebenslauf an die

Deutsche Evaporator A.G., Abt. IV
Berlin W 15, Kaiserallee 21. 111/3

Gesucht
Bohrpasten-Fachmann,

perf. u. selbst. arb. m. Herstellg. sämtl. Sorten weicher, schnittf. u. Kern-Bohrpasten vertr. durchaus bewand. z. Vergr. u. Rep. Solche Herren, m. außerh. in Fabrik techn. Oele u. Fette m. heut. Rohst. firm sind, bevorzugt. Schöne, ruhige Gegend, günstige Lebensverhältn. Ausf. Ang. m. Geh.-Anspr. Eintr. u. H 7806 F an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W 35. 85/17

Ein Werkstätten-Vorsteher,

der vollkommen kundig in **Herstellung von Kreuzboden-Papiersäcken** ist, bekommt Anstellung in Schweden. Antwort mit Angabe von Alter, vorhergehender Beschäftigung, Gehaltsanspruch, Familienbeziehungen usw. unter Adresse: **A.-B. Alingsas Pappfabrik, Alingsas, Schweden.** 73/3

Putz!

Zuarbeiterinnen bei dauernder Jahresstellung und hohem Salair gesucht. **Merten & Co.,** Lindenstr. 35.

Junger verheirateter Kriegsteilnehmer
(Magistratsbeamter) sucht eine bessere Verwalterstelle. 75/9
Offerten bitte an die Filiale dieses Blattes, Bastianstraße, unter A. K. 100 zu richten.

Einrichter
für **Ziehpressen und Stoßwerke** sucht 78/3
R. Frister Akt.-Ges.,
Berlin - Oberschöneweide.

Händler (innen)
gesucht für **Bohrpaste.**
Joseph O. Koch. 88/5
Berlin W 35, Potsdamer Str. 88.

Klempnerlehrlinge
für **Kühlerbau** gesucht.
Offerten unter H 24 an die Expedition dieses Blattes. [72]*

Straßenhändler
für sensationelle Broschüren, hoh. Verdienst, f. sof. Buchdruckerei, Königgrätzer Str. 109.

Botenfrau
stellt sofort ein **„Vorwärts“-Filiale, Baerwaldstr. 42.**

Bromretuscheur
auch Printenmaler, für schwarz und farbig. **Künstler-Vereinigung, Kesselbeckstr. 6.**

Botenfrau
für den **„Vorwärts“** stellt sofort ein **Stolpmann,** Blumenthalstraße 8.

Preußische Landesversammlung.

26. Sitzung, Freitag, den 29. Mai 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Hirsch, Haenisch, Dr. Südekum.

Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Abg. **von Kries** (Dnat.)

stellt eine kleine Anfrage über das Vorgehen des Obersten Polnischen Volksrates gegen die preußischen Staatsbürger.

Ministerialdirektor **Meißner**

verweist auf die bereits veröffentlichte Gegenerklärung der preußischen Staatsregierung, in der der polnische Uebergriff energisch zurückgewiesen war. Das Vorgehen des polnischen Volksrats bezeichnet die preußische Regierung als unerhörte Anmaßung und wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den angedrohten politischen Uebergriffen entgegentreten.

Abg. Dr. **Reincke** (Z.)

begründet eine förmliche Anfrage über verstärkten polizeilichen

Schutz gegen räuberische Ueberfälle.

Der Redner führt aus, daß in vielen ländlichen Bezirken, insbesondere nahe dem rheinisch-westfälischen und dem oberschlesischen Industriegebiet sich die räuberischen Ueberfälle umherziehender Banden auf einsam gelegene Gehöfte zur Erpressung von Lebensmitteln mehren. Er berichtet von einem Versammlungsbeschluß, auf Grund dessen eine Schar Menschen einen Raubzug auf das Land ausgeführt habe, um Lebensmittel und Vieh fortzuführen. Leider haben die Behörden weder Mut noch Kraft bewiesen, den Räubern entgegenzutreten. Die Einrichtung von Einwohnerwehren allein genügt nicht, denn man kann von den Landwirten unmöglich verlangen, daß sie während der Durchführung der Erntearbeit auch noch Wachen aufstellen sollen, um räuberischen Ueberfällen die Spitze zu bieten. Die Regierung möge namentlich den unteren Verwaltungsorganen Energie und Tatkraft gegen solche Raubzüge ans Herz legen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerialdirektor **Meyer**:

Die Angelegenheit wird heute im Staatshaushaltsausschuß eingehend erörtert werden, ich darf mich deshalb heute kurz fassen, um so mehr, als die Regierung mit dem Vorredner völlig übereinstimmt. Die Sicherheit auf dem platten Lande wird tatsächlich dadurch gefährdet, daß **Verbrecher in Banden zusammengeschlossen auf dem Lande Plünderungszüge ausführen.** Die Landgendarmerie ist erheblich, schon zu Anfang des Jahres um 2000, vor einigen Wochen noch um weitere 1000 Mann, im ganzen also in kurzer Zeit um 50 Proz. verstärkt worden, da ihre etatsmäßige Anzahl 6000 beträgt. Auch der Bildung fliegender Kolonnen aus der Gendarmerie wird mit größter Beschleunigung nähergetreten werden. Daneben können wir aber auf die Selbsthilfe der Bevölkerung auf dem platten Lande nicht verzichten. Die Regierung begünstigt alle dahinzielenden Bestrebungen und unterstützt ebenso die Bildung von Einwohnerwehren.

Abg. Dr. **Hoffmann-Kattowitz** (Dnat.)

schildert die mangelhaften Sicherheitszustände in Oberschlesien.

Abg. **Schümer** (Dem.)

Mit einer Verstärkung des polizeilichen Schutzes allein ist es nicht getan. Die Wurzeln für die beklagenswerten Erscheinungen liegen mit darin, daß in Arbeiterkreisen auf dem Lande, die nicht zu den Selbstversorgern gehören,

bitterer Mangel

herrscht, und außerdem gibt es auch auf dem flachen Lande Ausbeuter. Neben polizeilichen Maßnahmen sollte man alles tun, um die Ursachen berechtigter Unzufriedenheit abzustellen und eine Verständigung unter den beteiligten Kreisen herbeizuführen. Dieses Mittel ist vielleicht schwieriger, aber auch eines freien Volksstaates würdiger. (Beifall.)

Abg. **Paul Hoffmann** (U. Soz.):

Wir bestreiten das Vorkommen derartiger Ueberfälle nicht, aber hier will man die Gelegenheit zur Verstärkung des Polizeiaufgebots und zur Bildung von Einwohnerwehren benutzen. Vielfach beruht die Behauptung, den Bauern seien ihre Vorräte gewaltsam entwendet worden, nur auf Schiebung. (Große Unruhe rechts. Rufe: Beweise!) Das Militär und die Behörden fallen den Arbeiter- und Soldatenräten geradezu in den Arm bei ihrer segensreichen Tätigkeit. In Potsdam hat sich das Militär unter Anführung eines Leutnants auf dem Güterbahnhof an der Ausplünderung von vier Waggons mit Bekleidungsstücken beteiligt. Die Arbeiter- und Soldatenräte will man beseitigen, aber 2 Milliarden Mark werden monatlich ausgegeben, um die Freiwilligen-Horden zu unterhalten. (Unruhe.)

Abg. **Stendel** (D. Vp.):

In Ostfriesland haben Arbeiterhorden auf dem Lande geplündert. (Große Unruhe bei den Soz. und U. Soz., die sich ständig steigert, da der Redner das Wort „Arbeiterhorden" mehrfach wiederholt. — Adolf Hoffmann springt auf den Redner los und ruft: Sie haben kein Schamgefühl! — Andauernder Lärm. — Rufe: Haut ihn! Herunter von der Tribüne! Schluß! — Glocke des Präsidenten, der schließlich nur mit Mühe der Unruhe Herr wird.) Redner erklärt, daß er natürlich nicht alle Arbeiter für die vorgekommenen Ausschreitungen verantwortlich machen wolle.

Unterstaatssekretär Dr. **Meyer**:

Verallgemeinerungen sind bedauerlich, weil sie verstimmend und verbitternd auf ganze Berufsschichten wirken. Das Wort „Arbeiterhorde" ist ein Widerspruch in sich, denn wer plündert, ist kein Arbeiter, sondern ein Verbrecher. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter werden von solchen Leuten abrücken. Ich hätte gewünscht, daß die Herren von der äußersten Linken die gleiche Aufregung gezeigt hätten, als Herr Hoffmann von den Freiwilligen-Truppen als einer Horde sprach. (Sehr richtig!) Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall.) Diese Truppen dienen mit Einsatz ihres Lebens zum Schutz der Sicherheit unserer Mitbürger. Die von der Regierung begünstigten Einwohnerwehren dürfen natürlich kein politisches Instrument sein. Eine Schutzwehr aus den drei sozialistischen Parteien wäre keine befriedigende Lösung.

Abg. **Klaudier** (U. Soz.)

führt aus, die Freiwilligen hätten Lebensmittel beschlagnahmt, die für die Massen bestimmt waren.

Abg. **Meyer-Rheine** (Soz.):

Es mag schon vorkommen, daß arme ausgehungerte Menschen auf eigene Faust ausgehen, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Wir verurteilen das, weil wir Ordnung wünschen. Schuld trägt aber auch die Regierung durch die mangelhafte Verteilung. Der Bauer muß natürlich geschützt werden, damit er seinem Beruf nachgehen kann. Die Einwohnerwehren dürfen zu politischen Zwecken nicht mißbraucht werden.

Abg. **Lichtenstein** (U. Soz.)

bespricht die Verhältnisse in Oberschlesien. Die Leute sind durch den Krieg verwildert.

Abg. **Stubbe** (Soz.):

Wir weisen die Beleidigung der Arbeiter durch den Abg. Stendel entschieden zurück. Die Vorkommnisse in Ostfriesland, die er zur Sprache gebracht hat, bedauern wir. Man darf aber auch nicht außer acht lassen, daß die städtische Bevölkerung erhebliche Veranlassung zur Selbsthilfe gehabt hat. Sie mußte mit ansehen, daß begüterte Mitbürger Erbsen, Butter und Eier auf dem Wege des Schleichhandels und durch ländliche Besuche in Fülle erhalten haben. Außer solchen Kleinverkäufen sind auch

Schiebungen größter Art

vorgekommen, die von den Landwirten und Schiebern im Einverständnis mit Bahnbeamten durchgeführt wurden. Durch die einrückenden Truppen ist es den Arbeiterräten nunmehr unmöglich gemacht worden, für eine planmäßige Erfassung und gerechte Verteilung der Lebensmittel tätig zu sein. Gerade in der Beschlagnahme von Lebensmitteln, die der Gesamtheit entzogen werden sollten, haben unsere Arbeiterräte Tüchtiges geleistet. Ueberall, wo die Demokratisierung der Verwaltung noch nicht durchgeführt ist, halten wir die Kontrolle der Arbeiterräte für dringend erforderlich.

Nach einigen Bemerkungen des Zentrumsabgeordneten Reincke schließt die Besprechung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Es folgt die förmliche Anfrage, welche am 19. März von den Sozialdemokraten eingereicht worden ist: Ist die Regierung in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob die dringlich **notwendige Verbesserung des Bergarbeiterschutzes**

und die zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens auf dem Wege der Landesgesetzgebung oder der Reichsgesetzgebung erfolgen soll, und welche Vorarbeiten in dieser Hinsicht schon gemacht sind. In Verbindung damit werden die förmlichen Anfragen des Zentrums vom 10. April und der Sozialdemokraten vom 11. April betreffend die Lage der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet verhandelt.

Abg. **Rauschenberg** (Soz.):

Die von uns seit langen Jahren geforderten Reformen auf dem Gebiete des Bergbaues werden hoffentlich bei der neuen Regierung und bei der neuen Landesversammlung das Gehör finden, das sie bei der alten Regierung und bei dem alten Abgeordnetenhause nicht gefunden haben. Die Unfall- und die Krankheitsziffer ist gerade bei den Bergleuten erschrecklich groß. Die Löhne werden sehr oft im Gedinge nach Willkür von den Beamten festgesetzt. Wir fordern den baldigsten Abschluß von Tarifverträgen, wir fordern freigestellte, von den Arbeitern gewählte und

vom Staat besoldete Arbeiterkontrolleure,

die an die Stelle der unwirksamen Einrichtung der Sicherheitsmänner zu treten haben. Wir fordern die Heraufsetzung des Alters der jugendlichen Arbeiter in den Gruben und das absolute Verbot der Frauenarbeit. Die Arbeitszeit in den Gruben muß herabgesetzt werden. Auch im Bergbau ist der Fortbildungsschulzwang für die Jugendlichen einzuführen. Nicht minder dringlich ist die Reform des Knappschaftswesens. Die Not der Bergin validen und der Bergarbeiterwitwen schreit zum Himmel. Die Durchschnittsrente beträgt monatlich 34 Mark, und trotz der Teuerungszulage müssen die Leute bei einer so elenden Rente buchstäblich zugrundegehen. Es muß endlich

ein Reichsberggesetz

gemacht werden. Die Bergarbeiter verlangen nach einem bestimmten Zeitraum, etwa nach 25 Jahren, die Pensionsberechtigung. Sobald wie möglich muß die Rente der Invaliden und Witwen beträchtlich erhöht werden, und die Knappschaftsvereine müssen das freie Selbstbestimmungsrecht erhalten und vom Unternehmertum unabhängig gestellt werden. Weiter muß das Krankengeld und das Sterbegeld erhöht, die freie Arztwahl eingeführt werden. Man darf die Reform nicht weiter auf die lange Bank schieben.

Abg. **Kohmann** (Zentr.):

Die förmlichen Anfragen wegen der Lage der Bergarbeiter im Saargebiet sind inzwischen zum großen Teil durch die Ereignisse überholt. Der Redner führt Beschwerde über das Verhalten der französischen Besatzungsbehörden und über die Bergwerksdirektion, die einem Angestellten untersagt habe, sich in einer Beschwerdesache an seinen Abgeordneten zu wenden.

Abg. **Zörgiebel** (Soz.)

schildert eingehend die wirtschaftliche Lage des Bergarbeiters im Saarrevier.

Handelsminister **Fischbeck**:

Der Verfassungsentwurf in Weimar sieht vor, daß in Zukunft die Gesetzgebung über das Bergwesen auf das Reich übergeht. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten im Bergwesen werden daher ebenfalls Reichssache werden. Die preußische Regierung stimmt dieser Regelung, die von der Volksvertretung seit langem gefordert worden ist, durchaus zu. Die Besatzungsbehörden haben den Bergwerken französische Offiziere beigegeben, die bergfremd waren. Diese haben z. B. den Achtstundentag nicht zugelassen, weil **in Frankreich der Bergarbeiter neun Stunden arbeiten** müsse. Anläßlich des Streiks sind Kranke und sogar arbeitswillige Arbeiter gegen alles Völkerrecht verhaftet worden. 21 wurden schwer bestraft. 200 wurden unter entwürdigenden Umständen über die Grenze gebracht. Wenn ein Arbeiter verhindert worden ist, sich an einen Abgeordneten zu wenden, so mißbillige ich das. (Beifall.)

Abg. **Steger** (Z.)

begrüßt die in Aussicht stehende reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens.

Die Besprechung wird vertagt.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 31. Mai, mittags 12 Uhr. Dringliche förmliche Anfrage des Abg. Dr. von Krause über die Mitteilung des Wortlauts der Friedensbedingungen.

Der Nutzen der Wissenschaft.

Von W. M. Doroschewitsch.

Aus dem Russischen von Hermynia von Zur Mühlen.

Einst lebte in China ein Kaiser namens Tschau-Li-O; sein Name wird bis an den heutigen Tag in Büchern aufbewahrt, wird es bleiben, solange das Reich der Mitte besteht. Dieser Kaiser interessierte sich sehr für die Wissenschaft, wenngleich er selbst kaum zu lesen verstand und stets seinen Namen von anderen unterschreiben lassen mußte, was den Mandarinen oft gar sehr zugunsten kam.

Ungeachtet dessen jedoch interessierte er sich, wie schon gesagt, sehr für die Wissenschaft. Eines Tages aber stellte er sich selbst die Frage: „Wofür besteht sie und inwiefern ist sie denn eigentlich nützlich?" Und er erließ den Befehl, es mögen sich an einem bestimmten Tag alle Weisen seines Reiches einfinden, um diese Frage zu beantworten.

Der Wunsch des Sohnes des Himmels ist für die Sterblichen Gesetz. Vor allen Universitäten wurden Trommeln gerührt und es ward ausgerufen:

„Ho, Ihr! Gelehrte und Weise! Werft die Bücher fort, begebt Euch nach Peking, dort sollt Ihr die Frage unseres allergnädigsten Kaisers beantworten, der sich der Wissenschaft stets so gewogen gezeigt."

Bei Tagesanbruch versammelten sich auf dem großen Platz vor dem Königspalast alle gelehrten Leute Chinas. Es gab da Greise, die so betagt waren, daß sie kaum auf den Füßen zu stehen vermochten, und auch junge Gelehrte, die noch älter erschienen als die ältesten Greise. Es kamen Weise, die den Kopf so hoch trugen, daß ihr Rücken ganz eingebogen war und sie sich nicht einmal vor Gott selbst verneigen konnten. Andere hatten von dem vielen Sitzen eine gekrümmte Wirbelsäule, andere trugen Pfauenfedern am Hut. Alle waren in grüne Gewänder gekleidet, bis auf einige, die gelbe Kaftane trugen; und natürlich hatten alle Brillen, das sichere Zeichen ihrer Gelehrsamkeit, denn die Gelehrten sind immer kurzsichtig.

Als die Sonne emporstieg und sich in den Brillengläsern spiegelte, blinzelte der Kaiser. Und er dachte: „Wie ihre Augen brennen, als erwarteten sie eine Aufbesserung ihres Gehaltes!"

Dann betrachtete der Kaiser die Menge und da alles in Ordnung war, sprach er: Wir, die wir ohne Unterlaß um das Wohl unserer Chinesenkinder besorgt sind, wollen die Frage erläutert haben: „wozu ist die Wissenschaft gut? Sie besteht schon seit langem und wir wissen dennoch gar wenig über sie, wissen nicht, weshalb sie existiert. Deshalb antwortet mir ohne Umschweife, einfach und ohne List, weshalb gibt es eine Wissenschaft und was ist ihr Sinn? Fange Du an" — wandte er sich an einen berühmten Astrologen. — „Ich selbst bin der Sohn des Himmels und will daher, daß der Himmel den Anfang mache. So gefällt es mir. Deine Wissenschaft ist die allerhöchste. Sprich!"

Der berühmte Astronom trat vor, machte die vorgeschriebene Verbeugung und sprach schmeichelnd: „Wenn der Ungebildete am Abend das Haus verläßt, so blickt er bloß auf seine Füße, sieht er aber zufällig zum Himmel auf, dann sieht er bloß den Himmel, den die Sterne wie Pockennarben bedecken. Anders sieht es um den gelehrten Astronomen, der sieht die Zeichnungen der Sterne und liest im Himmel, wie in einem Buche; weiß, ob Regen fallen wird, Stürme kommen, ob die Sonne stark oder schwach scheinen wird. Ueberhaupt kennen wir die Zukunft."

„Die Zukunft!" — rief der Kaiser aus. — „Das ist tatsächlich interessant. Aber sage mir, was geschieht jetzt, in diesem Augenblick, in Nanking?"

„Woher sollte ich dies wissen, leuchtende Herrlichkeit?" entgegnete mit demütiger Verbeugung der Astronom.

„Toren!" schrie der Kaiser. — „Die Zukunft kennt Ihr, und von der Gegenwart wißt Ihr nichts! Es wäre besser, Ihr kenntet die Gegenwart, wäre weit nützlicher! Die Zukunft! Deine Wissenschaft ist dumm und nutzlos! Der nächste!"

Neben dem Astronom stand ein bekannter Geschichtsschreiber. Von diesem hieß es, er wisse die Namen aller Chinesen, die jemals auf Erden gelebt. Er verbeugte sich vor dem Kaiser und sagte: „Prüfe mich, hoher Kaiser, ob ich nicht die ganze Geschichte Chinas weiß. Meine Wissenschaft vermag nicht Deinen weisen Zorn hervorzurufen, wie die meines Kollegen; wir beschäftigen uns mit der Vergangenheit. Wir lehren sie, ihre Fehler, ihre Unglücke und sogar ihre Torheiten."

„Eine gute Wissenschaft für Dummköpfe" — schrie der Kaiser. „Derart kann jeder Esel ungestraft Dummheiten begehen. Er braucht sich bloß auf Eure Wissenschaft zu berufen und zu sagen: Dummheiten sind jederzeit begangen worden. Eine Torenwissenschaft! . . . Was ist der Sinn Deiner Wissenschaft?"

Der zitternde Gelehrte, an den diese Frage gerichtet war, bezwang seine Aufregung und sprach: „Wir lehren den Aufbau des Staates, wie er regiert werden, was für Gesetze sein sollen, welche Rechte den Mandarinen zukommen, und welche dem einfachen Volke."

„Welche Rechte zukommen, zukommen!" — brüllte der Kaiser. „Als ob irgend etwas auf der Welt so geschieht, wie es geschehen sollte! Niemals ist dies der Fall. Dank Eurer Wissenschaft wird jeder das Bestehende mit dem vergleichen, was sein sollte, und wird zufrieden sein. Dies ist eine äußerst schädliche Wissenschaft. Fort, aus meinen Augen! . . . Und was hast Du uns zu sagen?" richtete er das Wort an einen Mediziner.

„Unsere Wissenschaft" — erwiderte dieser mit Verbeugung — „wird von der ganzen Welt als nützlich anerkannt. Wir lehren die Kräfte der Kräuter und was für Heilmittel aus ihnen gewonnen werden können. Wir trocknen die jungen, noch weichen Hirschgeweihe, kochen daraus eine dicke Brühe, duftend wie Frühlingslüfte. Diese vermag jedes Leiden zu kurieren. Solange der Mensch gesund ist, bedarf er freilich unserer Wissenschaft nicht, wenn er aber erkrankt, so kommen wir ihm zu Hilfe."

„Aber verhüten könnt Ihr nichts!" sagte der Kaiser, zwar in etwas milderem Tone, als er zu den anderen gesprochen, dennoch aber erzürnt. — „Ihr verleitet die Menschen bloß zum Leichtsinn. Wirklich, ich verstehe nicht, worin der Sinn Eurer Wissenschaft liegt."

Und der Kaiser wandte sich an den großen Dichter Mu-Si, der damals lebte, und befahl: „Erkläre Du mir den Nutzen der Wissenschaft."

Mu-Si trat vor, verneigte sich, lächelte und redete also: „Einer Deiner Vorfahren, O Sohn des Himmels, besaß einen prächtigen Garten, in dem so herrliche, duftende Blumen blühten, daß nicht bloß alle Bienen sich dort einfanden, sondern auch die Leute von weit her kamen, den Duft einatmeten und sagten: „Wahrlich, heute ist das Tor des Paradieses offen geblieben." Eines Tages verirrte sich eine Kuh in diesen Garten. Als sie die aus der Erde hervorsprossenden Pflanzen sah, fing sie an, die Blumen zu verzehren. Zuerst machte sie sich an die Rosen, warf sie aber fort, weil sie sie in die Zunge stachen. Dann versuchte sie Lilien, Reseden, Levkojen und Jasmin, doch schmeckten sie ihr alle gar nicht. „Dieses Zeug hat nicht den mindesten Geschmack," meinte die Kuh, „ich verstehe nicht, weshalb die Menschen Blumen pflanzen." Meiner Ansicht nach, Sohn des Himmels, hätte die Kuh besser daran getan, sich diese Frage nicht zu stellen."

Da erzürnte der Kaiser gar sehr und befahl: „Schlagt ihm den Kopf ab!"

Und die Henker schlugen dem Dichter den Kopf ab.

Als der Kaiser den kopflosen Körper Mu-Sis betrachtete, seufzte er und sagte: „In ganz China hat es einen einzigen weisen Mann gegeben, und der ist jetzt tot!"

Groß-Berlin

Verhinderter Mieterprotest.

Der Mieterbund Groß-Berlin bemühte sich bereits am Dienstag persönlich, die Genehmigung zur Veranstaltung der Kundgebung im Lustgarten einzuholen. Von Dienststelle zu Dienststelle weggewiesen, ohne den maßgebenden Herrn erreichen zu können, sandten die beiden Vorstandsmitglieder Dziezk und Maaß schließlich ein Telegramm mit bezahlter Antwort an den Reichswehrminister ab. Dieses Telegramm soll erst nach etwa 48 Stunden, und zwar am Himmelfahrtstage um 1 Uhr beim Generalkommando Lüttwitz eingetroffen und telegraphisch ablehnend beantwortet worden sein. Nach weiteren 24 Stunden, und zwar am Freitagmittag 2 Uhr, war dieses Antworttelegramm noch nicht beim Mieterbund eingetroffen. Auf telephonische Anfrage teilte das Generalkommando Lüttwitz mit, daß Genehmigungen zu Versammlungen unter freiem Himmel nicht mehr erteilt würden; gegen den Mieterbund richte sich das Verbot nicht. Eine gleiche Demonstrationsversammlung in geschlossenem Raum würde zweifellos genehmigt werden.

Der Mieterbund hatte angenommen, daß neben seinen sonstigen vielen öffentlichen Versammlungen auch diese ohne weiteres genehmigt werden würde, und hatte deshalb — wie in allen früheren Fällen — gleichzeitig mit der Nachsuchung der Genehmigung auch die Vorbereitungen für die Kundgebung getroffen. Diese Kundgebung war als Sicherheitsventil gegen einen gewaltsamen Ausbruch der in der Mieterschaft herrschenden großen Erregung gedacht, die bereits zu mehreren Mieterstreiks geführt hat. Es ist nur dringend zu wünschen, daß die Regierung durch ein zeitweiliges **Verbot aller Steigerungen und Kündigungen den Zündstoff beseitigt.**

*

Die gesamte Umgebung des Schlosses war abgesperrt. Mehrere Kompagnien hatten alle Zugänge mit Stacheldraht und Maschinengewehren gesperrt. Wer sich nicht ausweisen konnte, daß er geschäftlich oder dienstlich den Schloßplatz passieren mußte, wurde zurückgehalten. Die Straßenbahnen nach den Linden oder Alexanderplatz mußten große Umwege machen. Grund zu diesen Maßnahmen soll ein Flugblatt gewesen sein, das zum Schuldigbleiben der Miete aufforderte. Um 6 Uhr wurde die Absperrung aufgehoben.

*

Schärfere Versammlungspolizei.

Reichswehrminister Noske erläßt eine Bekanntmachung, worin es heißt: Von dem Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel habe ich mehrfach Ausnahmen gemacht, um der Bevölkerung Groß-Berlins Gelegenheit zu geben, zu den Friedensbedingungen Stellung zu nehmen. Nachdem dies in ausreichender Weise geschehen ist, werde ich davon Abstand nehmen, weitere Ausnahmen zuzulassen. Ferner habe ich den Polizeipräsidenten ersucht, an die Anträge zur Genehmigung von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen einen schärferen Maßstab als bisher zu legen. Eine Reihe von Versammlungen, als deren Zweck die zur Stellungnahme zu den Friedensbedingungen genehmigt wurden, sind zu staatsgefährlichen Hetzereien und zur Aufwiegelung zu erneuten Putschversuchen ausgenutzt worden.

In zahlreichen Fällen ist der Versuch gemacht worden, unter Umgehung der Verordnungen über den Belagerungszustand öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen ohne Genehmigung des Polizeipräsidiums abzuhalten. Der Polizeipräsident ist von mir dafür verantwortlich gemacht worden, derartige Uebergriffe mit den ihm zur Verfügung stehenden polizeilichen und militärischen Machtmitteln zu verhindern.

In einer Reihe von Fällen ist versucht worden, die Bestimmungen des Belagerungszustandes dadurch zu umgehen, daß Versammlungen als „geschlossene Gesellschaften" bezeichnet wurden, zu denen aber Gäste in beliebiger Zahl Zutritt hatten. Auch diese Versuche werden in Zukunft durch das Polizeipräsidium verhindert werden.

Brotkartenschiebungen in Lankwitz.

Von mehreren, hauptsächlich weiblichen Angestellten der Brot- und Mehlabteilung wurde Montags ein Teil der abgelieferten vorwöchigen Brotkarten entwendet und dann bei Bäckermeistern gegen gültige Brotkarten umgetauscht. Ein solcher Bäckermeister stand mit einem Berliner Bäckermeister in der Schleiermacherstraße in Verbindung, der seine Karten erst Dienstags abzugeben brauchte. Im allgemeinen wurden für 200 vorwöchige 100 laufende Brotkarten gegeben. Solche Brotkartenschiebungen sollen auch in andere Gemeinden betrieben worden. Es ist sofort bei der Brotkartengemeinschaft beantragt, anzuordnen, daß die Bäcker durchweg nur bis Montag Mittag die Karten abliefern dürfen. Die ungetreuen Angestellten sind sofort entlassen worden.

Zu den Klagen über die Lichterfelde-Ost-Bahn teilt die Eisenbahnverwaltung mit: Die Vorortbahn Potsdamer Ringbahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost hat während des Krieges im allgemeinen besser bedient werden können als die anderer Vorortstrecken, da die Züge elektrisch gefahren wurden und ihr Verkehr nicht von dem Vorhandensein von Dampflokomotiven abhängig war. Während der Kriegszeit hat sich leider nach und nach der Unterhaltungsstand der elektrischen Triebwagen, hauptsächlich infolge Mangels an gutem Isolierstoff, verschlechtert. Die Züge konnten daher in letzter Zeit nicht mehr in der planmäßigen Stärke gefahren werden. Um den Verkehr ordnungsmäßig bewältigen zu können und den Unterhaltungsstand der Wagen zu verbessern, werden während der nächsten Wochen die Züge teilweise nicht mehr elektrisch gefahren, sondern mit Dampflokomotiven befördert werden.

Sprachunterricht. Der Magistrat hat die Einführung des Unterrichts in der spanischen, russischen und polnischen Sprache als Freigegenstands an allen höheren Lehranstalten beschlossen.

*

Die Bauarbeiten an der nördlichen und südlichen Umgehungsbahn sind in vollen Umfange wieder aufgenommen worden. Die Umgehungsbahnen sollen neben einem örtlichen Personenverkehr vor allem zur Entlastung der Ringbahn von Güterzügen aller Art dienen. Bei dieser Arbeitswiederaufnahme handelt es sich zunächst nur um Erdarbeit wie die Herstellung der Bahndämme an der Bahnstrecke Berlin-Fürstenwalde und Berlin-Königswusterhausen, bei Hirschgarten bezw. Grünau. Zunächst wird an einer Verbreiterung des Bahnkörpers zwischen Karlshorst und Sadowa gearbeitet, wo durch Verlegen neuer Gleise eine Erleichterung für den Fernverkehr geschaffen werden soll. Schon bald hinter dem Bahnhof Köpenick erhöht sich der Bahnkörper der neuen Bahnstrecke, um kurz hinter dem Bahnhofe Hirschgarten nach Hoppegarten nach der Ostbahn abzuzweigen.

Wegen des Juwelendiebstahls in der Friedrichstraße, wobei die Täter mittels am Tage aus dem Schaukasten des Juweliers Stoeß für 850 000 M. Brillanten stahlen, wurden der 20jährige Bauschüler Behrens zu drei Jahren und sein Freund H. zu zwei Jahren Gefängnis, beide mit fünfjährigem Ehrverlust, verurteilt. Der Mitangeklagte Bitterfeld wird sechs Wochen lang auf seinen Geisteszustand untersucht. Ueber den der Hehlerei beschuldigten Weinreich wird später verhandelt werden.

Schuß aus dem Zug. Freitag früh 9½ Uhr passierte der Militärzug 48375, von Lichtenberg kommend, den Bahnhof Mariendorf, um in Hoppegarten entladen zu werden. Am Stellwerk K. D. W. schoß plötzlich aus dem Militärzug ohne jedwede Veranlassung der Husar Schulz von der Nachrichtenabteilung des Husaren-Regiments 11 und traf unglücklicherweise den dort beschäftigten Bahnunterhaltungsarbeiter Palm in den rechten Unterleib. Der Zeugen bemächtigte sich eine starke Erregung. Palm ist so schwer verwundet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Welch eine gewissenlose Schandtat!

Dienstagabend 7½ Uhr ging ein älterer Arbeiter von einer Sitzung durch die Brangelstraße nach Hause. Auf einmal tönt ein Gewehrschuß aus der ersten Etage der Kaserne des 3. Garde-Regiments. Vier bis fünf Schritt vor ihm schlägt die Kugel ein und durch den Schreck fiel der Mann zur Erde. Der Posten und ein paar Mann von der Wache kamen heraus und gingen wieder hinein, als ob nichts geschehen wäre. Die Truppen sollten in ihrem und dem allgemeinen Interesse dafür sorgen, daß solche unerhörte Dinge nicht vorkommen. Was geschieht mit den beiden Schießern?

Ueberfall auf einen Wachtposten. In den ersten Morgenstunden des Freitag bemerkte der Posten Meyer einen Mann, der in verdächtiger Nähe des Güterschuppens auf dem Lehrter Güterbahnhof sich umhertrieb. Als der Unbekannte sich beobachtet sah, sprang er auf den Posten los und versuchte, diesem das Gewehr zu entreißen. Der Posten setzte sich zur Wehr, machte jedoch, obwohl er dazu berechtigt gewesen wäre, von der Schußwaffe keinen Gebrauch. Plötzlich griff der Unbekannte den Soldaten nochmals an und drängte ihn gegen das Geländer des 10 Meter tiefen Eisenbahneinschnittes, um Meyer hinunterzustürzen. Auf die Hilferufe des Postens eilte die Wache herzu und verhaftete den Angreifer. Der Festgenommene gab ein Signal, worauf mehrere andere Personen, die sich in der Nähe verborgen gehalten, das Weite suchten. Der Verhaftete, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, war mit Einbrecherhandwerkzeug reichlich versehen. Offenbar handelt es sich um dieselbe Bande, die seit einigen Wochen die Güterbahnhöfe planmäßig beraubt und die erst vor 5 Tagen der Wache an dem großen Güterschuppen des Moabiter Bahnhofs ein regelrechtes Feuergefecht von 20 Minuten geliefert hatte.

Die Ermordung der Zigarrenhändlerin Weis aufgeklärt. Der Kraftwagenführer Paul Meschede hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Wie er bekennt, begab er sich abends um 7½ Uhr zu Fräulein Weis und geriet mit ihr in Streit. Als sie versuchte, ihn zur Tür hinauszudrängen, versetzte er ihr einen Schlag gegen den Kopf, daß sie rücklings zu Boden fiel. Jetzt ergriff er, während Fräulein Weis bewußtlos dalag, eine Schnur von einem Zigarettenkarton, schlang sie ihr um den Hals und schnürte sie fest zu, bis sein Opfer tot war. Dann legte er die Leiche auf das Bett, raubte das Geld aus dem Schreibtischladen und wollte sich mit der Beute entfernen. Weil er jedoch hörte, daß die Nebenbewohnerin der Ermordeten mit einer anderen Hausbewohnerin auf dem Flur sich unterhielt, so mußte er noch eine Weile horchend an der Wohnungstür stehen bleiben. So wurde es später, als er gedacht hatte. Als er dann, nachdem die beiden Frauen sich entfernt hatten, das Haus verlassen wollte, fand er die Tür bereits verschlossen. So mußte er erst den Hauswirt Vogel herausklopfen, der ihm dann ahnungslos aufschloß. Das geraubte Geld benutzte Meschede zwei Tage später mit etwa 7000 M. eigenem Gelde zum Ankauf eines Kraftwagens. Seinen Angehörigen erzählte er, daß er das Geld beim Banknotenhandel einem Juden abgenommen habe. Er wußte die Angehörigen auch zu bestimmen, nichts davon zu sagen, daß er an dem kritischen Abend noch einmal seine Wohnung verlassen habe. Auch der Tod seiner ersten Frau wird jetzt untersucht.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich in der Beermannstraße in Treptow ab. Der 30 Jahre alte Ingenieur Hans Lane, der bei seiner Mutter wohnte, litt seit kurzer Zeit an der Gesichtsrose. Er sprang im Fieberwahn plötzlich auf, eilte ans Fenster und riß es auf, um sich hinabzustürzen. Seine betagte Mutter eilte ihm nach, um ihn zurückzuhalten. Der Kranke riß sie jedoch mit sich in die Tiefe, wo beide auf dem Pflaster liegen blieben. Der Sohn war sofort tot. Die Mutter erlitt Armbrüche und schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden.

Der Verbandstag des Fleischerverbandes hat Freitag begonnen. **Der Bericht geht uns dank der Rohrpostzustände, obgleich er 6 Uhr 30 gestempelt ist, so spät zu, daß wir ihn erst im Abendblatt veröffentlichen können.**

Noch keine Post nach Nordamerika! Die von uns letzthin gebrachte Notiz entgegengesetzten Inhalts hat sich nachher als unrichtig herausgestellt.

Spandau. Munitionsfabrik. Funktionäre V. P. D. Montag, 4 Uhr, bei Murra, Hohenzollernkasino, Württemberg-, Ecke Gothastraße.
Der Obmann.

Kriegsfürsorgemarken mit Aufdruck: „5 Pf. für Kriegsbeschädigte" in 2. Auflage auch über den 31. Mai hinaus an den Schaltern der dazu bestimmten Postämter. Auf Nachlieferung weiterer Mengen ist nicht zu rechnen.

Straßenbahnänderungen ab 2. Juni. 8, Großer Ring 7½-Minutenverkehr, E, F, J, K, L 15-Minutenbetrieb. N werktags nicht mehr nach Spandau, sondern nur bis Straßenbahnhof Charlottenburg. P werden Fahrten 3,50 und 4,28 von Neukölln eingezogen. 22 und 46 geringfügige Verschiebung der Abfahrtzeiten.

Neue Zweigstellen der Allgem. Ortskrankenkasse Niederbarnim siehe Anzeigenteil dieser Nummer.

Zehlendorf. Der von uns bereits mitgeteilte Gemeindebeschluß, dem Arbeiterrat die Tagesentschädigung zu entziehen, kam zustande, nachdem die sozialistischen Parteien für Weiterzahlung der Entschädigung eingetreten waren, mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien. Man hatte wohl mit einem Putsch des Arbeiterrats gerechnet, denn im Zuhörerraum hatten sich die Kriminalbeamten der Gemeinde postiert, während in einem Nebenzimmer die Polizeibeamten angeblich eine Instruktionsstunde hatten, die sich wohl nur mit dem Thema befaßt haben kann, „wie verhält man sich bei der Verhaftung des Arbeiterrats". Nichtsdestoweniger ging alles glatt vonstatten, ohne daß der Arbeiterrat eine Veranlassung zum polizeilichen Einschreiten gegeben hätte.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Oberbürgermeister Scholz führt zunächst mit warm empfundenen Worten den wiedergewählten Stadtbaurat Seeling ein. Dem Arbeitsamt werden 1345 M. Nachforderungen bewilligt. Von bürgerlicher Seite wird beklagt, daß trotz der hohen Zahl beschäftigungsloser weiblicher Personen die Hausfrauen keine Hausangestellte bekommen. Zur Erweiterung und Unterhaltung der Feuermeldeanlage werden 14550 M. bewilligt, ferner die Beschaffung eines automobilen Löschzuges, der rund 185 000 M. kosten wird. Einer Erhöhung des laufenden Jahresbeitrages von 3000 auf 4000 M. für den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft wird zugestimmt, gegen die Unabhängigen, welche sofortige Verstadtlichung der Rechtsauskunftserteilung forderten. Die Besteuerung der Spielklubs wird angenommen: 30 Proz. der Bruttoeinnahme. Beschlossen wird: 1. Die vorhandenen

Personalakten

sind zu schließen. 2. Es sind neue Personalakten anzulegen. 3. Aerztliche Zeugnisse sollen als Beiakten geführt werden. 4. Die Neubildung der Personalakten soll so erfolgen, daß alle vom Magistrat für notwendig erachteten Vorgänge aus den alten Akten übernommen werden. Nach Anfertigung der neuen sind die vorhandenen zu vernichten. 5. Den Beamten und Angestellten ist auf Antrag Einsicht in die Personalakten zu gewähren. 6. Von jeder Neueintragung ist den betreffenden Beamten oder Angestellten Kenntnis zu geben. Gegen den eingetragenen Vermerk steht den Beamten und Angestellten Beschwerde beim Magistrat zu. Die Beamten- und Angestelltenausschüsse sind auf Antrag zu den Beschwerden zu hören.

Die Besoldung der Bureauhilfsarbeiter und das Mitbestimmungsrecht des Angestelltenausschusses wird wie in Berlin geregelt. Der Magistrat erklärt: „Wir sehen uns gezwungen, als unvermeidliche Folge der Einführung des Mitbestimmungsrechts der Bureauhilfskräfte zu erklären, daß wir die volle Verantwortung für die Verwaltung künftig nicht mehr tragen können." Dies wird lebhaft bekämpft.

Ein Antrag Frl. Reinold und Genossen betr. Einrichtung eines Pflegeamtes für sittlich gefährdete Mädchen wird einstimmig angenommen. Die Frage der Anwesenheitsgelder für die Stadtverordneten wird zur möglichst schnellen Erledigung einem Ausschuß überwiesen.

Charlottenburg. Die Schulfürsorge des Vereins Jugendheim besteht jetzt ein Vierteljahrhundert. An ihrem so verdienstlichen Wirken hat Anna v. Gierke den größten Anteil.

Wilmersdorf. Stadtverordnetensitzung. Die Gehältererhöhung für die Hilfskräfte beim Magistrat würden das Budget um 1 Million Mark belasten. Der Antrag der Rechten auf Ueberweisung an den Finanzausschuß fand Annahme. In heftiger Debatte, in der die Linke der Rechten den Vorwurf machte, daß sie durch diesen Antrag eine beabsichtigte Obstruktion ausübe, wurde von der Linken wiederholt darauf hingewiesen, daß es höchste Zeit sei, die Gehälter zu bewilligen, damit nicht etwa die momentan herrschende nervöse Stimmung zu einem Streik führe.

Die Hilfskräfte sind abermals vertröstet worden, weil die Rechte, die in der Mehrzahl ist, ihre Macht zeigen will. Niemand glaubt, daß der Finanzausschuß belangreiche Aenderungen vornehmen wird. Der Magistrat bestritt den Hilfskräften das Recht auf Streik unter allen Umständen, weil hierdurch das allgemeine Wohl leide. Die Linke trat dagegen heftig auf und wies auf den eventuell geplanten Bürgerstreik hin, an dem ja auch die Aerzte teilnehmen sollten. Den Hilfskräften wird am nächsten Ersten ein weiteres Monatsgehalt als Vorschuß ausgezahlt. In der weiteren Sitzung wurde behauptet, daß Lazarettzüge für Lebensmittelschiebungen benutzt würden!

Steglitz. Volkshochschule. Erste Kurse vom 2. Juni bis 15. Juli. Gegenstände aus den verschiedensten Gebieten des Wissens, nicht nur in geschlossenem Vortrag, sondern auch in freier Aussprache. Jede Vorlesungsreihe sechs Abende. Teilnehmerkarten 2 M. für jede Reihe und Vorlesungsverzeichnis in der Geschäftsstelle des „Vorwärts", Schildhornstraße 11. — Heute Sonnabend, 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums: Eröffnungsfeier der neuen Volkshochschule.

Kaulsdorf. Eine Eisenbahnerversammlung nahm Stellung zu den Arbeiterratswahlen. Außerdem kam ganz impulsiv die übergroße Mißstimmung gegen das bureaukratische System der Eisenbahnverwaltung zum Ausdruck. Thurau und Bernhardt legten die Mißstände des wieder überhandnehmenden Bureaukratismus klar. Die Versammlung war empört über die vorgetragenen unglaublichen Mißstände und war einstimmig der Meinung, daß nur eine starke Sozialdemokratie Abhilfe schaffen kann.

Spandau. Ein Erfolg der Sicherheitswehr. Auf der Geschützgießerei Ost, die sich noch im Bau befindet, lagern Hunderte von Fässern Vaseline. Ein Monteur einer dort Arbeiten ausführenden Firma machte sich das Vergnügen, am heißesten Tage 106 Fässer Vaseline auf dem Wasserwege nach Berlin zu verschieben. Er setzte sich mit einem Schiffer in Verbindung, verlangte per Telephon von der Maschinenmeisterei der G. G. West einen Kranführer und nun ging das Verladen der 106 Faß vor sich. Den Sicherheitsmannschaften kam die Sache verdächtig vor und sie suchten deshalb den Aufseher B. der Geschützgießerei zu verständigen, doch der war nirgends zu finden. Jetzt wurde Meldung erstattet. Da der Name des Schiffers notiert worden war, konnte durch Nachfragen bei den verschiedenen Schleusenwärtern der Aufenthalt der kostbaren Ladung festgestellt und dem Werk wieder zugestellt werden. Aber auch Werkzeug, selbst Waffen konnten beschlagnahmt werden. So hat die von den S. P. D.-Vertrauensmännern gebildete Sicherheitswehr der Allgemeinheit gedient.

Treptow-Baumschulenweg. Arbeitslose! Große Versammlung Montag, 4 Uhr, bei Kubat, Treptow, Parkstr. 2 — Arbeitslosenrat.

Tegtow. Stadtverordnetenversammlung. Um der herrschenden krassen Wohnungsnot zu steuern, schwebten schon längere Zeit Verhandlungen mit der Gesellschaft für Kleinsiedlungswesen „Märkische Heimstelle". Unsere Genossen waren zunächst dafür, das Projekt in städtische Regie zu übernehmen. Da dies aber in der jetzigen Zeit, besonders auch in bezug auf Materialbeschaffung, sehr schwierig erschien, so stellten sie den Antrag, die Ausführung der Arbeiten zusammen mit der „Märkischen Heimstätte" auszuführen. Die Stadt gibt dazu ein acht Morgen großes Grundstück. Soweit die größeren Fabriken eine Anzahl Grundstücke an die bei ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter veräußert sehen möchten, sollen sie veranlaßt werden, über die staatlichen Zuschüsse hinaus für diese Grundstücke einen besonderen Zuschuß von 2000 M. zu leisten, damit den Minderbemittelten das Wohnen möglichst verbilligt wird. Es soll versucht werden, noch in diesem Jahre vom Wohnungsverband die Zuschüsse für eine Anzahl Wohnhäuser zu erlangen, damit baldigst mit dem Bau begonnen werden kann.

Niederschönhausen. Einen tragikomischen Verlauf nahm die Wahl der Gemeindeschöffen. In der vorangehenden Aussprache protestierten die Deutschnationalen und die Volkspartei, die sich mit einem Male „demokratisch" fühlten, dagegen, daß die Wahlen nicht nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden sollten. In vertraulichen Verhandlungen vorher mit den Demokraten, wollten sie, wenn eine Einigung möglich gewesen wäre, sogar alle 6 Mandate unter sich verteilen. Da auch die Unabhängigen, die von 21 Sitzen nur 4 in der Gemeindevertretung inne haben, darauf bestanden, zwei Schöffenposten zu besetzen, und ihnen nur einer zugebilligt werden konnte, so verließen sie, Arm in Arm mit den reaktionären Parteien, den Sitzungssaal. Die Wahl ergab: 3 Mehrheitssozialisten (Hellrich, Wiechert, Vieth), 2 Demokraten, 1 Unabh.

In der darauffolgenden Gemeindevertretersitzung verlasen die Unabhängigen eine Erklärung, die mit Gemeinheiten gegen unsere Parteigenossen gespickt war, und in der sie mitteilten, daß sie in Zukunft an keiner Kommissionssitzung mehr teilnehmen werden. Der als Schöffe gewählte Unabh. Hiege lehnte die Wahl ab, „Der Kampf bis aufs Messer", den der Volksparteiler Schiffer schon vorher der Sozialdemokratie angesagt hatte, dürfte also auch jetzt von links beginnen. Freilich, es ist ja auch leichter Phrasen zu dreschen, als praktische Arbeit zu leisten und die Mitverantwortung zu wagen. Als die Schöffenbezüge festgesetzt werden sollten, verließen wieder Deutschnationale und Unabhängige den Sitzungssaal und machten dadurch die Versammlung beschlußunfähig.

St. Schönebeck-Fichtenau. Die von zirka 500 Personen besuchte Versammlung am 26. Mai gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für unsere kommunalen Arbeiterräte. Der Beamtenrat hatte es als erster in Deutschland fertig bekommen, den von der Sozialdemokratischen Partei gewählten Arbeiterrat abzusetzen, weil er in der Verwaltung den Herren zu unbequem wurde. Der Gemeindevorsteher sowie der Beamtenrat konnten die Anklagen, die Steinborn vorbrachte, nicht entkräften. Die Versammlung, von allen Parteien besucht, hielt die Arbeit des Genossen Steinborn für nötiger und für die Allgemeinheit dienlicher als die Tätigkeit des Gemeindevorstehers und seiner Beamten, welche der Aufsicht bringend bedürften. Das kam auch in der Resolution zum Ausdruck, welche dem Arbeiterrat das vollste Vertrauen ausspricht und die vorgebrachten Gründe nicht für stichhaltig erklärt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Am 138., 145., 184., 165., 166., 217., 224., 231., 232. und 234. Brotkommissionsbezirk pro Kopf 125 Gramm Reis.

Nowawes. 250 Gramm Marmelade (27), 200 Gramm Grieß (29), 100 Gramm Hülsenfrüchte. Für Jugendliche ein Paket Zwieback (35). Mit den Verlängerungsschein des Krankenattestes ein Ei zu 70 Pf. Dienstag und Mittwoch 8—1, 3—5 Uhr bei Rank, Goethestraße 41. Montag und Dienstag Kartenabschnitte 27, 29, 62, 35 beim Kleinhändler abzugeben. Montag 8—1 Uhr, Rathaus, Zimmer 7, an Personen über 70 Jahre Zulagnahrungsmittel gegen 1 M. (alter Ausweis). — Inhaber von Gast- und Sommerlokalen heute 9—12 im Rathaus, Zimmer 7, Bezugsscheine auf Zulagnahrungsmittel.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wilmersdorf. Vortrag Dr. A. Meyer heute am Sonnabend über Ausbau der sozialen Fürsorge findet nicht statt.

jenigen Fällen, wo sich für die leitenden Posten keine Kommunisten finden lassen, wird ein Verwalter aus der Zahl erfahrener Organisatoren oder Techniker, der bereit ist, mit der Sowjetgewalt ehrlich zusammenzuarbeiten, ernannt, und ihm ein Kommissar mit dem Vetorecht beigegeben. Auf diese Weise wird das schwerfällige und als Verwaltungsapparat gänzlich ungeeignete Kollegium (so sagt Krassin. Red. d. „Vorwärts") vermieden. Die Ernennung der mit dem Vetorecht ausgestatteten Kommissare erfolgt in den Bezirken, auf den Bahnen und den Knotenpunkten durch den Volkskommissar, der dabei die Vorschläge der Parteiorganisationen und des Produktionsverbandes anhört.

So vollzieht sich nach unsäglichen Opfern der Uebergang vom Bolschewistischen ins Vernünftige. Ist der Uebergang ernst zu nehmen? Oder wird er ebenso auf dem Papier bleiben, wie so viele Dekrete der Moskauer Kommissare, auf die jeder andere Sowjet, mag er in nächster Nähe liegen, lustig pfeift.

•

Dazu möchten wir bemerken, daß diese russischen Erfahrungen nicht gegen die Einführung von Betriebsräten in Deutschland ausgenützt werden dürfen. Die deutsche Arbeiterschaft steht auf einer höheren Stufe volkswirtschaftlicher Erkenntnis als die russische. Allerdings wird sich das wirtschaftliche Rätesystem auch in Deutschland nur halten können, wenn es sich praktisch bewährt, und die Arbeiter werden darum darauf bedacht sein müssen, eine zweckentsprechende Auslese vorzunehmen. Sie müssen in den Betrieben Vertreter haben, die sich nicht nur durch radikal klingende Redensarten beliebt machen können, sondern die es auch verstehen, die Interessen der Arbeiter ernstlich wahrzunehmen, was nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Produktionsinteressen möglich ist.

(Red. des „Vorw.")

Wiederherstellung der alten Disziplin in Ungarn.

Ein Ultimatum der Alliierten.

Wien, 30. Mai. Nach einer Mitteilung der „Mittagspost" verhandelt in Budapest eine viergliedrige Ententekommission wegen des Rücktritts der ungarischen Regierung. Die militärische Lage der roten Armee habe sich sehr gebessert. Die alte Disziplin wurde wieder hergestellt und die Bezeichnung Genosse abgeschafft. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage sei jedoch derart schlecht, daß trotz der militärischen Erfolge die Situation der Regierung unhaltbar erscheint. Die Entente soll der ungarischen Regierung eine 72stündige Frist zur Beantwortung ihrer inzwischen übermittelten Bedingungen gegeben haben.

Präsidentenkrise in Polen.

Paderewski und der galizische Krieg.

Haag, 30. Mai. (H. N.) Nach einer Londoner Meldung teilte Harmsworth im englischen Unterhause mit, daß Paderewski als Ministerpräsident für Polen seine Entlassung erbeten habe und zwar, wie gemeldet wird, weil der polnische Landtag sich weigerte, seinen an die Alliierten gegebenen Versprechungen Rechnung zu tragen und darauf besteht, daß der Vormarsch nach Galizien fortgesetzt werden soll.

Selbstkritik bei den Unabhängigen.

Ströbel mahnt zu politischer Aufrichtigkeit.

Nachdem kürzlich Dr. Herz und Dr. Nestriepke in Hamburg ihre Aemter in der unabhängigen Partei niedergelegt haben, weil sie den Putsch in den Spartakismus nicht mitmachen wollten, ergreift jetzt in der Wiener „Arbeiterzeitung" Heinrich Ströbel das Wort, um sich mit seinen Parteifreunden über die Voraussetzungen der proletarischen Einheitsfront auseinanderzusetzen. Er meint, die Arbeiterschaft sei nicht so wundergläubig und kritiklos, von der Formel „Alle Macht den Arbeiterräten" alles Heil zu erwarten. Man müsse klar aussprechen, was man unter dem Rätesystem verstehe — insbesondere, ob man durch diese die Nationalversammlung ausschalten wolle. Ströbel sagt wörtlich weiter:

Will man also nur die sozialistische Einheitsregierung und das Mitbestimmungsrecht der Räte bis hinauf zur Rätekammer, so soll man diese Forderung klar und scharf umgrenzen. Denn durch Verdunkelung dieser Ziele und durch fahrlässige Verquickung mit der kommunistischen Forderung der einseitigen Rätediktatur diskreditiert man sie nur bei den nicht kommunistischen Arbeiterschichten und bei dem Bürgertum.

Durch die Losung „Alle Macht den Arbeiterräten!" sagt Ströbel weiter, nähre man den Irrglauben, als könne heute irgendeine sozialistische Regierung im Eilitempo Sozialisierungen und durchgreifende Verbesserungen der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen. Je lässiger man diesen Illusionen entgegentrete, „um sich die Unbequemlichkeit einer Opposition der äußersten Linken zu ersparen," desto peinlicher könnte man später die sträfliche Schwäche büßen. Zum Beweis der heute herrschenden Konfusion weist Ströbel auf das Verlangen nach einer „Sozialisierung der Eisenbahnen" hin, die jetzt schon ein Defizit von zwei Milliarden aufweisen, und schließt:

Was könnte da erst einer rein sozialistischen Regierung blühen, wenn sie nicht rechtzeitig den Arbeitermassen volles Verständnis für das politisch Erreichbare und das wirtschaftlich Mögliche beibrächte! Keine Frage also: die proletarische Einheitsfront ist eine politische Notwendigkeit. Sie ist die einzige Rettung Deutschlands. Doch ist sie weder zu schaffen noch gar zu halten ohne den Mut der politischen Aufrichtigkeit.

Besser als es hier Ströbel tut, könnten wir auch nicht darlegen, was uns Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen trennt. Um so weniger verständlich ist, daß Ströbel im ersten Teil seines Artikels gegen die Mehrheitssozialisten in einer Weise tobt, als wollte er seinen österreichischen Lesern den Anschluß an Deutschland geradezu verekeln. Wir sind keine Pharisäer, die sagen „Herr ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene" sondern wissen uns von Fehler nicht frei. Aber gerade aus Ströbels Ausführungen geht mit leuchtender Klarheit hervor, daß die Widerstandslosigkeit der Unabhängigen gegen den spartakistischen Wahnsinn und ihre politische Unaufrichtigkeit die Hauptursache für die Verwirrung in der Arbeiterbewegung sind. Ströbel brauchte selber nur einen kleinen Schritt in der politischen Aufrichtigkeit weiter zu gehen, um zu erkennen, daß die Mehrheitspartei unter einem Zwang handelt, unter den sie die unaufrichtige Politik der Unabhängigen gestellt hat.

Prozeß Ledebour.

Zeuge Wilhelm Lemke gehörte der Volksmarine-Division an und ist mit der Führung der 300 Matrosen betraut gewesen, die am 6. Januar vom revolutionären Ausschuß abgesandt wurden, um das Kriegsministerium zu besetzen. Er gibt an, die Zivilisten, die er nicht kenne, hätten ihn begleitet. Mit ihnen zusammen habe er im Kriegsministerium den Leutnant Hamburger gesprochen. Einer der Zivilisten habe dem Leutnant Hamburger ein Schriftstück überreicht, dessen Inhalt der Zeuge erst später erfuhr. In dem Schriftstück wird gesagt, die Regierung Ebert-Scheidemann habe sich unmöglich gemacht, sie sei von dem aus Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Revolutionsausschuß für abgesetzt erklärt, der Revolutionsausschuß habe die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Das Schriftstück ist unterzeichnet „Der Revolutionsausschuß i. V. Liebknecht, Ledebour, Scholze". Der Zeuge sagt, Leutnant Hamburger habe die Deputation zurückgeschickt, damit sie die handschriftliche Unterzeichnung der Namen nachholen, die, wie das ganze Schriftstück, in Maschinenschrift ausgeführt waren. Hamburger habe der Deputation auf Verlangen die schriftliche Zusicherung gegeben, das Kriegsministerium werde übergeben, wenn die Unterschriften gebracht werden. Der Zeuge sei dann mit dem Schriftstück des Revolutionsausschusses in Begleitung der drei Zivilisten nach dem Marstall zurückgegangen. Die 300 Matrosen habe er, ohne ihnen eine Anweisung gegeben zu haben, in der Leipziger Straße vor dem Kriegsministerium stehen lassen. Im Marstall sei das Schriftstück des Revolutionsausschusses von Liebknecht und Scholze unterschrieben und für den abwesenden Ledebour habe Liebknecht mitunterzeichnet. Wer der Revolutionsausschuß sei, habe der Zeuge damals nicht gewußt. Der Zeuge habe das unterzeichnete Schriftstück an sich genommen, er sei damit nach Hause gegangen und habe sich in den nächsten 8 Tagen nicht sehen lassen. Inzwischen seien ihm Bedenken aufgestiegen wegen der Mission, die er durch die Besetzung des Kriegsministeriums habe ausführen sollen. Um sich von jeder Schuld reinzuwaschen, sei er nach der Reichskanzlei gegangen. Er habe Ebert sprechen wollen, um ihm die Sache vorzutragen. Er sei in der Reichskanzlei an den Pressevertreter Moser gewiesen worden, dem habe er das Schriftstück übergeben. Die seinerzeit im „Vorwärts" gegebene Darstellung, er habe das Schriftstück nach dem Kriegsministerium zurückgebracht, treffe nicht zu. — Auf Fragen Ledebours antwortet der Zeuge, den Auftrag, mit 300 Matrosen das Kriegsministerium zu besetzen, habe er im Marstall von einem ihm

unbekannten Zivilisten

erhalten und ihn ausgeführt, ohne dem zuständigen Kompagnieführer Hildebrand davon Mitteilung gemacht zu haben. — Angekl. Ledebour bezeichnet es als sehr auffallend, daß der Zeuge als militärisch ausgebildeter Matrose einen solchen Auftrag von einer ihm unbekannten Zivilperson entgegennahm, ohne seinem militärischen Führer davon Mitteilung zu machen und daß er dann als Führer der 300 Matrosen diese ohne jede Anweisung und ohne Bestellung eines Führers in der Leipziger Straße stehen ließ und sich entfernte. — Der Zeuge antwortet, es sei ja damals im Marstall alles durcheinandergegangen. Der Zivilist, der ihm den Auftrag erteilte, habe anscheinend mit einem anderen Zivilisten zusammen das Kommando im Marstall geführt und deshalb habe er sich veranlaßt gefühlt, den Auftrag auszuführen.

Zeuge Büchel, Mitglied des Vollzugsrats, macht Angaben über die durch die Aussagen anderer Zeugen schon bekannten Vorgänge am 5. und 6. Januar. Auf der Kommandantur habe ihm Molkenbuhr, nachdem Dorenberg und Albrecht, die vom Marstall gekommen waren, sich entfernt hatten, mitgeteilt, Albrecht habe die Kommandantur übernehmen wollen. Hierdurch — sagt der Zeuge — erfuhren wir, daß im Marstall eine neue Regierung eingesetzt war, die auch schon einen Aufruf erlassen hatte. — Als später Bewaffnete durch die Straßen zogen und Unabhängige und Kommunisten zum Generalstreik aufgerufen hatten, rief die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Anhänger zum Schutze der Regierung auf. Vor dem Reichskanzlerpalais sammelten sich die Regierungsanhänger, während die Gegner der Regierung von der Siegesallee aus in die Stadt zogen. In jenen Tagen wurde eine militärische Truppe zum Schutz der Regierung gebildet. Nachdem es zu Schießereien in den Straßen gekommen war, beschäftigte sich der Vollzugsrat mit der Frage, wie dem Blutvergießen ein Ende gemacht werden könne. In der Sitzung des Vollzugsrats kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Im Laufe der Sitzung erschien Ledebour und sagte,

das Blutvergießen müsse vermieden werden.

Ich sagte zu Ledebour, mit diesem Verlangen solle er sich an seine Freunde wenden, die das Komplott im Marstall veranstaltet und dadurch das Blutvergießen verschuldet hätten. Ledebour war verblüfft und fragte, was für ein Komplott ich meine. Ich antwortete, das Komplott zum Sturze der Regierung. — Angekl. Ledebour: Hat der Zeuge nicht — wie er beim Untersuchungsrichter angab — von einem Pakt im Marstall gesprochen? — Zeuge: Ja, ich glaube, daß ich so gesagt habe. — Angekl. Ledebour: Pakt heißt Vertrag. Ich wußte nicht, welchen Pakt Sie meinen, ich dachte im ersten Augenblick, Sie könnten das Abkommen vom Dezember meinen. Deshalb fragte ich, welchen Pakt meinen Sie. Verblüfft war ich durchaus nicht, lieber Freund. Wenn wir uns damals so ruhig hätten verständigen können, wie jetzt, dann wären Sie gar nicht in die Lage gekommen, von der Staatsanwaltschaft als Zeuge gegen mich geladen zu werden.

Die Frage, von wem Eichhorn als Polizeipräsident eingesetzt worden ist, beantwortet der Zeuge dahin: Eichhorn ist in den ersten Tagen nach der Revolution vom Vollzugsrat, der damals noch für ganz Deutschland zuständig war, das Amt des Polizeipräsidenten übertragen worden. Anfangs war Eugen Ernst für dies Amt vorgesehen. Dagegen machte sich aber eine lebhafte Opposition bemerkbar, die verlangte, daß Eichhorn das Polizeipräsidium erhalte. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Im Januar stellte sich die Regierung, als sie Eichhorn für abgesetzt erklärte, auf den Standpunkt, das Amt des Polizeipräsidenten sei ein politisches und deshalb durch die Regierung zu besetzen. Als dann anläßlich dieses Konflikts erklärt wurde, die Absetzung Eichhorns ist Sache des Vollzugsrats, hat dieser am 7. oder 8. Januar beschlossen, Eichhorn solle abgesetzt werden. — Auf Befragen sagt der Zeuge, für die Absetzung Eichhorns seien politische Gründe maßgebend gewesen. Von Amtsverfehlungen Eichhorns sei nicht die Rede gewesen.

Zeuge Hildebrandt gehörte der Volksmarinedivision an und war dort als Schreiber beschäftigt. Er schildert das Treiben der nach Waffen verlangenden Zivilisten im Marstall in Uebereinstimmung mit den Angaben der Vorzeugen und sagt, Liebknecht und Ledebour haben sich

an der Waffenausgabe nicht beteiligt.

Wenn es geschehen wäre, hätte er es sehen müssen, denn er sei in dem Hofe, wo die Waffen verteilt wurden, ständig hin und her gegangen. Weiter bestätigt der Zeuge, daß Ledebour im Dezember die Matrosen beruhigt und sie überredet habe, Wels nicht ans Leben zu gehen.

Angeklagter Ledebour richtet eine auf die Waffenverteilung gerichtete Frage an den Zeugen und sagt, der Vorsitzende bringe durch seine Fragen alles nur tropfenweise heraus, die Anklageschrift sei noch nicht verlesen, sieben Tage werde nun schon verhandelt und die Geschworenen wüßten immer noch nicht, um was es sich eigentlich handele.

Der Vorsitzende erklärt es für unzulässig, seine Verhandlungsführung zu kritisieren. Er bringe nichts tropfenweise heraus, sondern er stelle die Fragen, die zur Aufklärung des Tatbestandes notwendig seien. Die Verlesung der Anklageschrift sei durch die Strafprozeßordnung untersagt.

Angeklagter Ledebour bemerkt, er habe dem Vorsitzenden, der ja gezwungen sei, das Verfahren in der vorgeschriebenen Weise zu handhaben, keinen Vorwurf machen wollen. Aber das Verfahren selbst habe er kennzeichnen wollen, das es ihm unmöglich (?) mache, das worauf es ankommt, hier zur Sprache zu bringen, damit die Geschworenen ein zutreffendes Bild von der Sache bekämen.

Heute Sonnabend wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Die Unabhängigen in Oberschlesien.

Eine Zuschrift.

Der unabhängige Abgeordnete in der preußischen Nationalversammlung Lichtenstein sendet uns eine längere Zuschrift über die Haltung seiner Partei in der oberschlesischen Frage, der wir folgendes entnehmen.

Die uns nunmehr angebotenen Friedensbedingungen sind nicht nur in wirtschaftlicher, sondern insbesondere auch in territorialer Beziehung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Verständigung schlechthin unvereinbar. Dabei hat meine Partei in den Erklärungen der beiden Parlamentsfraktionen und in der am 11. Mai d. Js. auf der Reichskonferenz gefaßten Entschließung gegen den von uns angesonnenen Gewaltfrieden schärfere Verwahrung eingelegt. Dem Protest haben die oberschlesischen Unabhängigen in einer Massenversammlung der Einwohnerschaft in Hindenburg Ausdruck gegeben. Die Resolution lehnt ausdrücklich jede nationalistische Mache ab, fordert dagegen die Regierung zum Unterhandeln auf und appelliert an das internationale Proletariat zur gemeinsamen Niederringung des Weltkapitalismus und Weltimperialismus.

In den Beratungen und Konferenzen in Breslau und Kattowitz, in denen zu den Friedensbedingungen und insbesondere der oberschlesischen Frage Stellung genommen wurde, habe ich mich keineswegs auf einen Anschluß an den Protest der anderen beschränkt, sondern die Auffassung meiner Partei in längeren Ausführungen deutlich gekennzeichnet und insbesondere darauf hingewiesen, daß unsere Anhänger für nationalistische oder neue kriegerische Experimente nicht zu haben sind.

Gegen die Lostrennung der Rheinlande.

Zahlreiche Kundgebungen.

Daß die hochverräterischen Umtriebe, die auf Lostrennung des Rheinlandes hinzielen, in den weitesten Bevölkerungskreisen auf Ablehnung stoßen, geht am besten aus den Telegrammen hervor, die an den Reichspräsidenten gelangt sind. Gerade in den letzten Tagen sind zahlreiche Kundgebungen, besonders aus Essen, Elberfeld, Barmen, sowie aus vielen Ortschaften des Niederrheins in Berlin eingetroffen. Neben dem Protest gegen den Gewaltfrieden enthalten diese Kundgebungen Treugelöbnisse zum Deutschen Reiche, die besser als alles andere die rheinischen Sonderbestrebungen verurteilen.

Aus den Tagen der Braunschweiger Räteherrschaft.

Die „Freiheit" bemüht sich mit fieberhaftem Eifer, durch Aufbauschung vorgekommener Mißgriffe gegen die Regierungstruppen zu hetzen. Um die bodenlose Heuchelei des unabhängigen Blattes ins rechte Licht zu rücken, seien die folgenden Feststellungen aus den Braunschweiger Schreckenstagen veröffentlicht:

Als die Absicht einer Aktion der Reichsregierung gegen Braunschweig bekannt wurde, ließ die damalige Braunschweiger Regierung „Geiseln" aus Kreisen nehmen, die zu der Reichsregierung hielten, und zwar zumeist Mitgliedern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Diese Geiseln wurden nicht nur ohne jeglichen Haftbefehl unter entehrenden Verhältnissen ins Gefängnis geworfen, sie wurden auch

dauernd mit Erschießen bedroht.

Wenn auch dank dem energischen Eingreifen des Reichswehrministers das schlimmste verhütet werden konnte, so war es doch unmöglich, die Geiseln vor geradezu bestialischen Mißhandlungen zu schützen. Sämtliche Verhafteten wurden durch diese Behandlung in ihrer Gesundheit schwer geschädigt. Einem der Unglücklichen wurde ein Auge ausgeschlagen, verschiedene liegen noch schwer krank darnieder. Das gesamte Eigentum dieser sogenannten Geiseln wurde ohne Angabe irgendwelcher Gründe „beschlagnahmt". Bisher haben sie von den ihnen gehörigen Sachen nichts zurückerhalten.

Ueber die Behandlung dieser Geiseln wurden folgende Einzelheiten festgestellt: Bei ihrer Einlieferung in das Haftlokal wurden die Verhafteten von johlenden Volkswehrleuten empfangen, mit unflätigen Reden überschüttet und mit sofortigem An-die-Wand-stellen bedroht. Ein gewisser Schön, der sowohl bei der Verhaftung als auch bei der „Beschlagnahme" eine besondere Rolle spielte, erklärte, es würde sofort ein „Volksstandgericht" zusammentreten und die Geiseln würden noch am selben Abend erschossen werden. Ihre Zellen aufgeschlossen und eine johlende Menge kam herein, beschimpfte und bespuckte die Gefangenen und trat sie mit Füßen. Zu essen bekamen die Gefangenen der Braunschweiger unabhängig-kommunistischen Regierung nichts, um so öfter wurden sie in rohester Weise mit Faustschlägen traktiert. Abends wurden die Zellen geöffnet und eine wüst durcheinanderschreiende Horde von Volkswehrleuten befahl den Inhaftierten mit dem Rufe: „Jetzt werdet Ihr Hunde erschossen!" herauszukommen. Bei dem jetzt folgenden Transport ins Gefängnis wurden die Gefangenen mit Fußtritten und mit Kolbenschlägen bearbeitet. Der Empfang im Gefängnis spielte sich ähnlich ab wie der im ersten Haftlokal. Dem Verlangen der Geiseln, einen Haftbefehl vorgelegt zu bekommen und vernommen zu werden, wurde mit Ausflüchten begegnet, unter anderem wurde erklärt, der Volkskommissar für „Recht", Junke, sei durch wichtige Sitzungen verhindert. Während die Gefangenen in Haft saßen, wurden ihre Wohnungen durch die von der Braunschweigischen Regierung gestellten „Wachen" vollkommen ausgeplündert, es wurden ihnen Wertpapiere, Sparkassenbücher und ihr sämtlicher sonstiger Besitz einschließlich Kleidern, Wäsche sowie auch alles, was sie bei sich trugen, besonders Brieftaschen und Geld, geraubt. Es wurde ihnen nichts belassen, als die infolge der Mißhandlungen vollkommen zerrissenen Kleider, die sie auf dem Leibe trugen.

Es wird der „Freiheit" nicht gelingen, die Roheiten und Verbrechen vergessen zu machen, die sich in den Tagen ihrer Herrschaft die Kommunisten und Unabhängigen in Braunschweig haben zuschulden kommen lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes!

Heute von 12—6 Uhr finden die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongreß statt. Nach gewordenen Mitteilungen sollen die acht Mandate zwischen Leipzig und Berlin geteilt, die Kollegenschaft des übrigen Reiches von der Vertretung ausgeschlossen werden.

Politische Unduldsamkeit soll auch hierbei Platz greifen. Wir richten daher an alle Mitglieder, denen an einer ruhigen, sicheren, zielbewußten Gewerkschaftspolitik gelegen ist, sowie an alle, die die Kandidaten nicht nach den Worten, sondern nach der Tätigkeit für den Verband beurteilen, das Ersuchen, folgende Kandidaten zu wählen: Brückner-Berlin, Hemminger-Stuttgart, Krzemin-Berlin, Küster-Hamburg, Lange-Dresden, Pfütze-Chemnitz, Weinläder-Nürnberg, Wienicke-Leipzig.

Nur diese acht Namen auf dem Stimmzettel stehen lassen! Es sind alte, erprobte Mitglieder des Verbandes. Gehe jeder zur Wahl, jede Stimme zählt!

J. A.: Mehrere alte Verbandsmitglieder.

Allgemeiner Buchdruckerstreik in Breslau.

Freitag früh ist in Breslau ein allgemeiner Buchdruckerstreik ausgebrochen. Es erscheint keine Tageszeitung. Der Grund des Streiks liegt in einer an sich sehr geringfügigen Differenz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das vom Reichsarbeitsamt eingesetzte unparteiische Schiedsgericht sprach den Gehilfen eine wöchentliche Teuerungszulage von 20 M., Regelung der Ferienfrage in der von den Gehilfen gewünschten Weise zu, stellte es aber den Unternehmern frei, von der kürzlich gezahlten Entschädigungssumme bis zu 33 Proz. von der jetzt zu zahlenden Teuerungszulage in Anrechnung zu bringen. Während über die übrigen Punkte eine Einigung erzielt werden konnte, bezeichneten die Unternehmer als äußerste Grenze nur einen 20 Proz. Abzug der Entschuldungssumme. Die Gehilfen verlangten jedoch den völligen Verzicht auf die Rückzahlung der Entschuldungssumme. Da diese von den Unternehmern nicht zugebilligt wurde, kam es zum Streik, an dem zirka 900 Gehilfen beteiligt sind.

Neuer Lohntarif im Gastwirtsgewerbe!

Nachdem Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation den neuen Lohntarif angenommen haben, tritt er am 1. Juni in Kraft. Mit diesem Tage fällt das Trinkgeldsystem. Alle Angestellten erhalten feste Löhne.

Tarife sind in den Verbandsbureaus der beteiligten Organisationen zu haben. Verband der Gastwirtsgehilfen.

Die Lohnbewegung der Hausportiers.

Die schreienden Mißstände im Portierberuf veranlaßten bekanntlich den Portierverband gemeinschaftlich mit dem Transportarbeiterverband mit dem Bund der Berliner Hausbesitzer und den Geschäfts- und Industriehausbesitzern in Verhandlung zu treten. Nicht allein, daß die Lohnverhältnisse der Portiers in keinem Verhältnis zu ihren Dienstleistungen und der gegenwärtigen Teuerung stehen, auch die Wohnungsverhältnisse spotten oft jeder Beschreibung. Daneben ist die Arbeitszeit dieser Erwerbsgruppe regellos. Die Herren Hauswirte können sich anscheinend nicht mit dem Gedanken abfinden, daß nun auch ihre Portiers mit ihrem elenden Dasein sich nicht mehr zufrieden geben; daher das Bestreben, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Dadurch wären die Ursachen der Unzufriedenheit bei den Portiers indessen nicht beseitigt. Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger, als was jeder Arbeitnehmer für sich in Anspruch nimmt: eine feste angemessene Entlohnung, eine gesunde Wohnung, geregelte Arbeitszeit und einen freien Tag in der Woche. Zeigen die Hauswirte gegenüber diesen Forderungen nicht das gewünschte Entgegenkommen, so sind die Fordernden unter Umständen gewillt, das Mittel des Streiks anzuwenden. Lebhafte Klage haben die Portiers auch über die Verwalter zu führen, die sich im wesentlichen aus Staats- und Kommunalbeamten rekrutieren. Sie bieten sich allzu oft den Hauswirten für einen elenden Lohn an und drücken so indirekt das Einkommen der Portiers. Diese Zwischenstellung zwischen Hauswirt und Portiers muß verschwinden. Staat und Kommunen mögen ihre Beamten so bezahlen, daß diese es nicht nötig haben, sich für einen Schundlohn eine Nebenbeschäftigung zu suchen, noch dazu eine solche, die ganz gut von den Portiers mit erledigt werden kann.

Friedenslöhne in den Betrieben der Berliner chromolithographischen Vereinigung.

In einer Versammlung der in den obengenannten Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft, für die der Buchbinderverband als Organisation zuständig ist, gab der Bevollmächtigte Klar einen Bericht von den Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Vertretern der Beschäftigten.

Die in 6 Betrieben beschäftigten Buchbinder und verwandten Berufskollegen werden mit 35—90 M. entlohnt. Der Durchschnitt beträgt 65,64 M. Die in den gleichen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen werden mit 18—49 M. entlohnt. Der Durchschnitt beträgt 30,60 M. Wie es möglich ist, daß diese Arbeiterschaft bei den gegenwärtigen teuren Lebensverhältnissen mit diesen Löhnen auskommen kann, wird jedem ein Rätsel sein. Die Unternehmer, namentlich aber der schwer reiche Herr Dr. Hagelberg, fanden denn auch warme Töne über die soziale Lage und deren Verbesserungsbedürftigkeit bei ihrer Arbeiterschaft. Sie beabsichtigten denn auch folgende Zulagen bis zur tariflichen Regelung zu gewähren: den männlichen 5 M. pro Woche, den weiblichen bis zu einem Verdienst bis 25 M. 2 M., bis 34 M. 3 M., über 40 M. 4 M. pro Woche. Dieses Angebot ist ein Hohn in der gegenwärtigen teuren Zeit. Nach langem Verhandeln schwangen sich die Arbeitgeber dazu auf, den männlichen 6 M. pro Woche, den weiblichen 5 M., 4.50 M. und 3,75 M. pro Woche gewähren zu wollen.

Die Vorschläge der Arbeitnehmer, dem männlichen bis zu einem Verdienst von 50 M. 50 Proz., von 50 bis 60 M. 40 Proz. nicht unter 75 M. und von 60 bis 70 M. 30 Proz. nicht unter 78 M. und allen Mehrverdienern ebenfalls 30 Proz. zu gewähren, wurden als unannehmbar abgelehnt. Den Arbeiterinnen bis zu einem Verdienst von 30 M. 50 Proz., 30 bis 40 M. 40 Proz. nicht unter 45 M. und denen, die über 40 M. verdienen 30 Proz. nicht unter 56 M. als außerordentliche Zulage zu gewähren, wurden gleichfalls unter Führung des Herrn Dr. Hagelberg abgelehnt. Da die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß noch aussteht, hat dieser Gelegenheit, die Mindestlohnsätze für gewerbliche Arbeiterinnen für leichte Arbeiten (veröffentlicht in Nr. 18 der „Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin") in dieser Branche zur Einführung zu bringen. Diese bedeuten für eine große Anzahl Arbeiterinnen eine nicht unbeträchtliche Erhöhung ihres Lohnes. Danach sollen gezahlt werden für Arbeiterinnen bis 15 Jahren 22,50 M., von 15—17 Jahren 25,00 M., 17—19 Jahren 33,00 M. und über 19 Jahre 40,00 M. pro Woche.

Nach diesem Bericht fand eine sehr lebhafte Diskussion statt. Der Branchenleiter Lippold ergänzte den Bericht noch in sehr ausführlicher Weise. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: Die am 26. Mai im „Luisenhof" tagende Versammlung der in den Betrieben der Berliner chromolithographischen Vereinigung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den minimalen Zugeständnissen der Arbeitgeber. Die Versammelten erklären diese minimalen Zugeständnisse nicht anzunehmen und erblicken in dem Bestreben der Arbeitgeber, sich nunmehr mit ihrem Personal unter Ausschaltung der Organisation zu „einigen", ein unzulässiges Verschleppungsmanöver, das geeignet ist, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu verhindern.

Die Organisation, der Deutsche Buchbinderverband wird beauftragt, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor den Schlichtungsausschuß zu bringen.

Reichskonferenz der in den Heeres- und Staatsbetrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Die Reichskonferenz der in den Heeres- und Staatsbetrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nahm am Himmelfahrtstage Stellung zu den Maßnahmen der Regierung betreffend Schließung und Auflösung der Heeresbetriebe.

In schärfster Weise wurde von den Vertretern der mächtigsten Heeresbetriebe wie Danzig, Kiel, Erfurt, Siegburg usw. gegen die Stillegung der Betriebe besonders in Spandau protestiert. Es wurde gefordert nicht Schließung, sondern Umstellung der Betriebe auf Friedenswirtschaft und Herstellung von Massenartikeln für Staatsbedarf. Vom Kabinett waren Vertreter des Reichsarbeitsamtes, Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge, sowie vom Reichswirtschaftsamt entsandt, um die Kabinettsbeschlüsse über die Sicherstellung der entlassenen Kriegsbeschädigten bekannt zu geben, die zur Zahlung eines Zuschlags zur Rente und zur Erwerbslosenfürsorge bis zur Höhe von 80 Prozent des Lohnes eines gesunden Arbeiters vorsehen.

Von den in der Mehrzahl anwesenden Vertretern des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wurde eine Entschließung eingebracht, die besagt, daß die Kabinettsbeschlüsse vom Standpunkte des Kriegsbeschädigten zu verwerfen seien. Den Kriegsbeschädigten könne mit sogenannter (Schnaps-) Rente nicht gedient sein. Sie verlangen ein Recht auf Arbeit durch Schaffung eines wirksamen Einstellungszwanges, Freimachung aller geeigneten Arbeitsplätze in allen Betrieben unter Beaufsichtigung von Betriebskommissionen der Kriegsbeschädigten: Schaffung von Siedlungsmöglichkeit; Heranziehung von tüchtigen Berufsberatern bei Umstellung der Betriebe. Diese Entschließung wurde nach heftiger Bekämpfung von seiten der Internationalen, die nur politisch einseitige Zwecke auf der Konferenz verfolgten, mit großer Mehrheit angenommen und die Organisation des Reichsbundes beauftragt, sofort mit der Reichsregierung in neue Verhandlungen einzutreten.

Der Arbeitstag der Landarbeiter.

Eine Errungenschaft der Revolution war die Einführung des Achtstundentages für gewerbliche Arbeiter. Nach wie vor sollten die Stiefkinder, die Landarbeiter, eine längere Fron auf sich nehmen. Nur in den vier Wintermonaten genossen sie die Wohltat des Achtstundentages, vier Monate sollten sie 10 und weitere vier Monate 11 Stunden rabottnicken. Diese Ungerechtigkeit rief die größte Erbitterung in den Reihen der Landarbeiter hervor. Bei Abschluß von Verträgen wurde dann auch die Bestimmung aufgenommen, daß nur bei dringenden Arbeiten die elfte Stunde geleistet werden muß. Aber unsere Notleidenden wissen aus jeder Blüte Honig zu saugen. Sie verlangen die Leistung dieser elften Arbeitsstunde ohne Bezahlung, während die Arbeiter sie als Ueberstunde betrachtet wissen wollen. Um ihren Willen zu erreichen, schrecken sie auch vor Drohungen schlimmster Art nicht zurück. Auf dem Gute Karwe im Kreise Neuruppin (Besitzerin Freifrau von dem Knesebeck, Mutter des Landrats) drohte der Oberinspektor, als die Arbeiter auf ihre Forderung bestanden: Wird die elfte Stunde nicht geleistet, dann lasse ich Soldaten kommen, und die werden Euch schon zur Arbeit treiben. (In Neuruppin befindet sich jetzt das Freikorps Grothe.) Die Herren, die solche Drohungen ausstoßen, mögen sich gesagt sein lassen, auch die Landarbeiter haben ihre Klassenlage erkannt und es könnte leicht passieren, daß sie eines schönen Tages recht unsanft daran erinnert werden, daß wir einen 9. November gehabt haben.

In der Delegierten-Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission behandelte Paul Sommer das Thema: „Gewerkschaften und Kollektivverträge". Redner unterwarf den jetzt in der Metallindustrie bestehenden Kollektivvertrag, der 38 Gruppen umfaßt, einer Kritik und vertrat den Standpunkt, daß eine zu schaffende Einheitsorganisation, verbunden mit dem Rätesystem, eine wesentliche Besserung in der Lohnfrage herbeiführen kann. Sämtliche Diskussionsredner schlossen sich dieser Auffassung an und betonten, daß in den Gewerkschaften der revolutionäre Geist durchaus gepflegt werden müsse. Bezüglich der Verlegung der Bibliothek, die sich in der „Vorwärts"-Spedition, Gesenheimer Str. 1, befindet, wurde beschlossen, daß der Ausschuß der Gewerkschaftskommission in Verbindung mit den Vorständen der einzelnen Parteiorganisationen diese Frage regeln soll. Alsdann berichtete Flemming über die Neuregelung der Vertreterzahl zur Gewerkschaftskommission. Einige Gewerkschaften haben an Mitgliedern rapide zugenommen, so zählen jetzt schon die Metallarbeiter allein über 12000 Mitglieder am Orte. Redner empfiehlt folgenden Antrag des Ausschusses zur Annahme: Gewerkschaften bis 200 Mitglieder entsenden 1 Delegierten, bis 500 Mitglieder 2 Delegierte, bis 1000 Mitglieder 3 Delegierte, bis 2000 Mitglieder 4 Delegierte, bis 4000 Mitglieder 5 Delegierte und über 4000 Mitglieder 6 Delegierte. Zobel, Bodemann und Scheible wendeten sich gegen den Antrag des Ausschusses, da nach ihrer Meinung die kleinen Gewerkschaften hierbei schlecht wegkommen. Schließlich gelangte der Antrag des Ausschusses mit einem Amendement Taege zur Annahme, wonach die niedrigste Grenze nicht auf 200 sondern auf 500 Mitglieder gezogen wird; es erhalten somit die kleinen Gewerkschaften 2 Delegierte.

Sollen wir unser Lohnabkommen kündigen? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine gut besuchte Branchenversammlung der Metallformer und Berufsgenossen. Der Branchenleiter Bredow betonte hierzu, daß die Reichskonferenz der Former und Berufsgenossen Beschlüsse fassen werde, die es angebracht erscheinen lassen, in bezug auf das Lohnabkommen uns die Freiheit des Handelns zu verschaffen. Auch sei es notwendig, bei einem neuen Abschluß des Lohnabkommens darauf Rücksicht zu nehmen, daß in einer Reihe von Betrieben das bisherige Abkommen in der Lohnhöhe schon wesentlich überschritten sei; demzufolge müßten die Sätze des Lohnabkommens eine Steigerung erfahren. — In der Diskussion forderten die Redner durchweg, daß das Abkommen zu kündigen sei, doch müsse man bei einem Neuabschluß danach trachten, die Unterschiede in den Verdiensten der gelernten und ungelernten Arbeiter innerhalb der Branche mehr auszugleichen; auch sei die Beseitigung der Akkordarbeit anzustreben. In einer Resolution zum Urteilsspruch im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß protestiert die Versammlung gegen dieses Urteil und fordert die Nichtbestätigung desselben und Verweisung an ein ordentliches Gericht. In einer Ergänzungswahl zur Branchenkommission wurden Braun, Kernmacher, und Jeun, Schmelzer, gewählt.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam wird, wie von dort telegraphiert wird, am 28. Juli stattfinden, einige Tage vorher eine kleine Vorkonferenz, an der nur Vorsitzende und Sekretäre der Landesverbände teilnehmen sollen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. In den Tagesstunden ziemlich warm, vielfach heiter, nur zeitweise stärker bewölkt; kei e erheblichen Niederschläge.

Verantwortlich für Politik Artur Saternus, Bln.-Friedenau, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 2 Beilagen

Kindererholungsheim Göhren auf Rügen
Wohlfahrtseinrichtung des Vereins für Kindervolksküchen u. Volkskinderhorte. Gegr. 1893.
Eröffnung am 15. Juni.
Anmeldungen und nähere Auskunft im Vereinsbureau, Nürnberger Platz 4, Abteilung Jugendfürsorge, vormittags 9—1 Uhr. 1131L*
Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderhorte. Berlin. E. V. Hermann Abraham, Vorsitzender.

Nur vom Montag, 2. bis einschl. Mittwoch, 4. Juni, von 10—7 Uhr, zahle ich für alte, auch zerbrochene
Gebisse pro Zahn bis 8 Mk.
auch gewöhnlichen Platinzahn 1,00 bis 1,80 M., Platin-Stiftzahn 5—8 M., Platin-Plattenzahn 6—8 M. Gebisse in Gold bis 200 M., in Platin bis 350 M., im 43/8*
Hotel „Grüner Baum", Berlin W 8, Krausenstr. 56/58. Zimmer Nr. 1. G. Lindner.

Hautarzt Dr. med. Hellaender
Berlin W 8 Leipziger Str. 108 — Hamburg Kolonnaden 26
Sprechst. 11—1 vorm., 5—7 nachm., Sonntg. 11—1. Aufklärende Broschüre Mk. 1.50 (Nachnahme).

Die Nacktheit!
Kunstkarten. Für den Handel freigegeben: 50 verschiedene Sujets. Probe sortiert 20 Stück 2,75 M. 100 Stück 10 M.; Porto extra. Größ. Mengen bed. billiger.
1061 Witze!
zweimal beschlagnahmt gewesen. 1803*
In 10 Witzbüchern zusammengest. 3,60 M., 100 St. 22 M., 500 St. 100 M., 1000 St. 180 M. franko Nachnahme Müller & Winter, Abt. G. Leipzig, Arndtstr. 66.

1000 M. Belohnung!
Ersatzpflichtiger Kassenbote hat am 28. d. Mts. auf dem Postscheckamt Dorotheenstraße oder auf dem Wege von dort 4000 M. in Scheinen, und zwar 2000 M. in 50 M.-Noten und 2000 M. in 20 M.-Noten verloren. Wiederbringer erhält obige Belohnung, Wilhelmstr. 42a I, an der Kasse. 2303b

2 Zimmer 775
mit Küche zu mieten gesucht, mit oder ohne Möbel. Nähe Spittelmarkt, zum 1. Oktober. Chiffre J 24 Expedition d. Bl.

Pianos
in großer Auswahl, elegante, erstklassige Pianos günstige Kaufgelegenheit
Max Becker Pianohaus Osten Andreasstr. 47 I. *

Schreib-Maschinen
sofort versandfertig wie Adler, Ideal, Continental, Mercedes, Oliver, Remington, Smith-Premier, Underwood, Torpedo, Urania, Reisemaschinen, Kohle-Wachs-Durchschlagpapier, Farbbänder, Möbel. *
Schäfer & Clauß Berlin Leipziger Straße 19. Zentrum 9211 u. 9701.

Klavier
evtl. Flügel u. Harmonium kauft Schachtschneider, Buckower Straße 14, III (Preisangabe).

MÖBEL
sehenswerte Läger, Auswahl in 4 Etagen wie im Frieden
Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer * Herrenzimmer
Farbige Küchen * Ergänzungs-Möbel
Für Brautleute besonders empfehlenswert. — Auf Wunsch Teilzahlung!
Möbel-Haus A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47 u. Müllerstr. 181.

Kopfläuse u. Brut vernichtet radikal Lausto 3fach stark geruchlos
Flasche 2,75 M., zur Kur ausreichend, in Apotheken u. Drogerien, sowie Warenhäusern zu haben. Hersteller Neopharm Hannover. Gen.-Dep. f. Berlin: M. Wilske, Berlin S., Mathieustraße 2. Telephon: Moritzplatz 12 000.

1 Aufkl.-Broschüre über
Heilung der Syphilis
ohne Quecksilber u. Salvarsan durch die bestbewährte unschädl. Methode von Dr. med. Günz. Zu beziehen für 2 M. durch
Daphners Verlag, München 40, Postfach 1.

Piano, Harmonium,
Flügel, neu, gebraucht, Bechsteinflügel, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166 III. *

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermandol. 45,—, erstkl. 85,— Konzertlaute 125,—, 145,— (Unterricht 3-Monatshonorar, eventl. 10stdg. Schnellkurse) Künstlerviolinen mit Zubehör 125,—. Konzertgeige 65,—. Ernst, Oranienstraße 166 III.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Nahe Kurfürstendamm
habe ich ein 1902 erbautes Wohnhaus, vier 8-Zimmerwohnungen, 2 kleine Läden, Fahrstuhl, Stall und Remise zum Preise von M. 250000.— zu verkaufen
Julius M. Bier, Leipziger Straße 26. Zentrum 12250/53.

Reklame Drucksachen
Buchdruckerei Rund
Palisadenstr 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

Unreines Blut
Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Blutreinigungspulver Saltarin seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 2.—. Uebl. 3 Schacht. 5.75. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Kaufe 61K*
Sektkorke, alte Weinkorke, Korkabfälle
jedes Quantum zu hohen Preisen.
Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 5.

Hautjucken! Bartflechte!
Krätze, Flechten, Ausschlag werden schnellstens und sicher geheilt durch 140/15*
Pharmol-Salbe.
Seit vielen Jahren ausgezeichnet bewährt. Versand 1 Tube M. 6, 2 Tuben (für 2 Person.) M. 10 gegen Nachnahme durch
Concordia-Apotheke Velten bei Berlin 6.

Bettstellen
saubere Ausführg., 90×190 cm groß, roh, M. 85.—. Passende Drahtböden und Auflagen vorrätig. Tischlerei, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 37, erste Etage. 44/7

Reinigungsmittel
vorzügl. schmalzige Ware, liefert an Grossisten in 1 Kilo-Dosen preiswert Fasse, Geisbergstraße 16 I. 71D

Bettnässen
Abhilfe sofort *
Alter und Geschlecht angeben Auskunft umsonst. 71/1
MERKUR-VERSAND München 17c, Neureutherstr. 13

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrger., nerv. Ohrschmerz ... über uns. tausendf. bewährt. patentamtl. gesch. Hörtrommeln Bequ. u. unsichtbar zu tragen. Glänz. Dankschr. Größe SanisVersand München. 627b

Wanzen
... „Oleogen"
Löwen-Apotheke, Hannover 3

Kaufe 6281
Gummiabfälle
jeder Art zu guten Preisen.
Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 5.

Gastwirte u. Saalbesitzer. Guterhaltenes Orchestrion mit elektr. Antrieb und kleiner Stutzflügel (guter Ton) preiswert zu verkaufen. Wehowsky, Triebel N.-L. *

Suche regelmäßige Abnehmer bis Weihn. f. wöchentlich 10-30 Stück frisch. od. lebend geschlachtete Bratgänse. Gefl. Off. u. M. 23 an d. Exped. d. Blattes. *

Wirklich!!
reell und preiswert kauft man gediegene Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzimmer u. Küchen bei großer Auswahl nur im
Möbelhaus Osten, 30 Andreasstr. 30.

HARLEMER
Tropfen wieder erhältlich in der Simonsapotheke, Spandauer Str. 17. *

Stahldrahtmatratzen
für jede Bettstelle nach Maß, an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

+ Für Frauen! +
Da es im Interesse der Frauen sehr wichtig ist, in besonderen Fällen ganz verläßlichen Rat zu bekommen, wendet man sich am besten an die seit mehr als 30 Jahren bekannte, unbedingt verläßliche fr. Oberhebamme der Charité, Frau Anna Hein, Berlin W. 100, Potsdamer Str. 106a. Diskr. Ausk. kostenl.